

Parlament entmachtet

Magistratsparteien wollen Nahverkehr und Versorgung dem Markt überlassen

Ohne lange zu fackeln wollte der Magistrat die Privatisierung der Stadtwerke über die Bühne bringen. Dies gelang zwar am 16. Juni, aber die angestrebte Harmonie war durch die Proteste von ÖTV, Personalrat, PDS/ML und MBL dahin.

Als eine der bisher wichtigsten Entscheidungen bezeichnete der Stadtverordnete Heinz Ludwig von der Marburger Bürgerliste (MBL) die Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH & Co. KG. In der Tat, denn mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und Bürgern für Marburg entschied das Stadtparlament, dass es künftig nicht mehr über das Angebot und die Tarife der Stadtwerke entscheiden will sondern diese künftig den betriebswirtschaftlichen Kriterien von insgesamt vier privatrechtlichen Unternehmen gehorchen werden. Für die nächsten

Fahrpreiserhöhungen wird man nur noch den Markt verantwortlich machen können und nicht mehr die PolitikerInnen.

Ein Antrag der PDS/Marburger Linke, auch künftig über die Einrich-

tung oder Streichung von Buslinien oder die Strompreise im Stadtparlament zu befinden, da es dabei auch um soziale und ökologische Ziele gehe, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Fortsetzung S. 3



Die zukünftige Residenz von privaten Verkehrs- und Versorgungs-GmbHs?

Rentenklau im Konsens

Regierung und Rechtsopposition einig bei Rentenbetrug

„Jetzt gibt es in Deutschland eine neue, zukunftsweisende und für alle dauerhaft nutzbare Energieform: Konsensenergie.“ Mit zwei Anzeigenseiten in der „Tageszeitung“ ließ die Bundesregierung feiern, dass die Atomindustrie insgesamt 35 Jahre lang unter erleichterten Bedingungen produzieren darf.

Weitere „Reformen“ werden angedroht: „Konsens-Energie wird auch die Rentenreform, die Steuerreform und die Bundeswehrreform zum Erfolg führen.“

In der Tat haben sich SPD und Grüne der CDU und der FDP soweit angenähert, dass ein „erfolgreiches“ Handeln zugunsten der Unternehmen und Vermögenden nicht auszuschließen ist.

Bei der Steuerreform streitet man sich nur noch darum, wer die meisten Geschenke an die Reichen zu verteilen hat. Man ist sich auch im Grundsatz einig, die Bundeswehr durch Aufstockung der „Krisenreaktionsstreitkräfte“ von 50.000 auf 150.000 Personen zu einer Angriffsarmee umzubauen und dies als Abrüstung zu verkaufen.

Bei der Rentenreform trauen sich SPD und Grüne, weit über das hinaus zu gehen, was CDU/CSU/FDP an Sozialabbau zu bieten hatten. Geht es nach dem Willen Arbeitsminister Rieters, wird das Rentenniveau von 70 % des Nettoeinkommens bis 2030 auf 54 % abgesenkt. Damit werden viele unter das Sozialhilfeniveau fallen. Pläne, eine Mindestrente einzuführen, wurden aufgegeben. Wer mehr Rente erhalten will, soll sich

künftig privat versichern – wenn er es sich leisten kann.

Von 2001 bis 2008 soll der Beitrag für die Zusatzversicherung von 0,5 % auf 4 % steigen. Ein riesiges Geschäft für die Versicherungswirtschaft und alle Unternehmen. Bisher galt, dass Beschäftigte und Unternehmen jeweils die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Dieses System wurde bereits bei der Pflege- und der Krankenversicherung durchlöchert. Bei einem zukünftigen maximalen Rentenbeitrag von 22 % und 4 % Privatversicherung sollen die Unternehmen 11 %, die Versicherten aber 15 % aufbringen.

Ob das gelingt, ist allerdings nicht ganz sicher. Diesmal ist es nicht nur die PDS, die den Konsens durchbricht, und ein Modell zur Rettung der paritätisch finanzierten Rentenversicherung vorgelegt hat (siehe Seite 11). Gewerkschaften, Arbeitnehmerflügel von SPD und CDU, Sozialverbände und Jugendorganisationen haben scharf gegen Rieters Pläne protestiert. Fausto Coppi

Elfmeter!

Im Spiel um die Privatisierung der Stadtwerke hat die schwarz-rosa-grüne Mannschaft den Sieg davon getragen. Bei ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit war nichts anderes zu erwarten. Dennoch hatte sie im Vorfeld berechnete Sorgen, dass ihre Spielweise beim Publikum keinen Anklang finden könnte. Man wollte möglichst unter Ausschluss der Öffentlichkeit spielen, machte keine Werbung und setzte das Spiel sehr kurzfristig an. Die Proteste der gegnerischen Roten wurden mit dem Hinweis abgeblüht, eine Verschiebung des Spiels würde unnötige Kosten verursachen. Das Argument, es wäre noch billiger, das Spiel ganz ausfallen zu lassen, stieß auf taube Ohren.

Der frühe Spieltermin hatte auch in der eigenen Mannschaft für Unstimmigkeiten gesorgt. Ein Teil der Schwarzen, der sich mit Trainer Möller wegen fehlender Parkplätze vor dem Stadion überworfen hatte, bemängelte, dass sie noch einen hohen Trainingsrückstand hätten. Um ihrem Ärger Luft zu machen, spielten sie unverhofft den Roten ein paar Bälle zu.

Dadurch geriet das Spiel von Möllers Mannschaft aus den Fugen. Die Hoffnung, die Roten ohne viel Federlesens ins Abseits stellen zu können, war dahin.

Auch wenn sich Schwarz und Rosa eifrig Pässe zuspielten, kam kaum Stimmung auf. Kapitän Schüren, der früher durch kreative Spielzüge Beifallsstürme erntete, machte einen niedergeschlagenen Eindruck. Grund hierfür war offensichtlich, dass ein Teil seiner Fans die Spieltechnik der rosa Mannen heftig kritisiert hatte, obwohl er so tat, als herrsche völlige Harmonie.

In verbalen Ausfällen war er den Roten vor, sich die Sympathie seiner Anhänger erschleichen zu wollen und einen Fußball wie weiland Dynamo Berlin zu spielen. Als die Roten schließlich zu einem glänzenden Spielzug ansetzten, der das Publikum mitgerissen hätte, ging er mit ausgestrecktem Bein dazwischen. Schiedsrichter Löwer, der offensichtlich gekauft worden war, ließ weiterspielen.

Jürgen Sparwasser

BARFÜSSER STRASSE 50

CDU im Doppelpack

Bis August müssen die fünf Stadtverordneten der Marburger Bürgerliste (MBL) sich noch gedulden, ehe über ihren Hinauswurf aus der CDU entschieden wird. Das autoritäre Regiment des Parteivorsitzenden OB Möller und inhaltliche Differenzen sollen es gewesen sein, die die DissidentInnen Mitte Mai zum Austritt aus der CDU-Fraktion bewegt haben. Sie kritisierten, dass durch die Konsensuche OB Möllers mit der Parlamentsmehrheit das Profil der CDU gelitten habe.

Nach dem Motto „teile und herrsche“ bemüht sich die SPD, der neuen Fraktion unter Werner Meinekat, die im Parlament an den rechten Rand platziert wurde, den Rücken zu stärken. Vor allem ihr verdankt es die MBL, dass sie den Vorsitz in zwei Ausschüssen behält. Der Wunsch der CDU-Fraktion, diese neu zu wählen, um wieder an die ihr zustehenden Posten zu gelangen, wurde vom Parlament abgelehnt. Auf Vorschlag der SPD wurde der MBLer Heinz Ludwig zum Vorsitzenden des Akteneinsichtsausschusses zu den Stadtwerken gewählt.

Die neue Fraktion bemüht sich derweil, durch auffälliges Verhalten in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Dazu zählt nicht nur, dass sie gemeinsam mit der PDS/ML eine Vertagung der Stadtwerke-Umwandlung forderte. In der letzten Parlamentssitzung war sie krampfhaft bemüht, nicht nur anders als die CDU sondern auch als alle anderen Fraktionen abzustimmen.

Politisch versucht sich die MBL als Autopartei zu profilieren. Ihre drei ersten Anträge fordern eine Einschränkung des Anwohnerparkens, kostenloses Kurzzeitparken und eine Änderung der Abschlepp-Praxis.

Einmal autofrei

Marburg wird sich am Freitag, den 22. September, am europaweiten Aktionstag „In die Stadt – ohne mein Auto!“ beteiligen, zu dem u.a. der Deutsche Städtetag aufgerufen hat. Dies beschloss das Parlament am 25. Mai auf Antrag von SPD und Grünen. Bereits 1999 hatten eine Reihe von französischen und italienischen Städten erfolgreich eine solche Aktion durchgeführt. Mit dem autofreien Tag sollen die BürgerInnen Gelegenheit haben, „ihre Stadt neu zu entdecken“, Anstöße für Verhaltensweisen gegeben werden, „die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind“, und den Menschen die Möglichkeit zur Nutzung von Verkehrsmitteln geboten werden, die eine Alternative zum Auto darstellen.

„Erfolgsaussichten unklar“

Personalrat und ÖTV kritisieren Stadtwerke-Umwandlung

Tempo und Inhalte der Umgründung der Stadtwerke sind sowohl beim Personalrat als auch bei der Gewerkschaft ÖTV weitgehend auf Ablehnung gestoßen.

In einer Stellungnahme der Marburger Kreisverwaltung der Gewerkschaft ÖTV wurde erklärt, das vorgelegte Konzept bleibe „herkömmlichen Kostensenkungsstrategien verhaftet, d.h. ein isolierter Spartenzuschnitt ist zugrunde gelegt, eine Konzentration auf sog. Kernkompetenzen wird betont, Synergien, d. h. Rationalisierungsmöglichkeiten vorgeschlagen, Öffnungsmöglichkeiten für Privatisierungen werden angedeutet. Dies nährt Befürchtungen, dass der jetzige Eigenbetrieb in handliche Portionen aufgeteilt und durch die Rechtsformänderung für weitergehende Privatisierungen aufbereitet werden soll. Üblicherweise gehen diese Strategien nach unseren Erfahrungen zu Lasten der Arbeitsplätze und des Tarifniveaus. Die Steuerbarkeit für ökologische, verkehrliche und fiskalische Ziele könnte schwinden, die Effekte für Stadt und Region nachteilig sein.“

Privatisierung befürchtet

Besonders bedenklich findet die ÖTV die Bildung einer GmbH & Co. KG, die die Aufgabe habe, eine Haftung der Eigentümer massiv zu beschränken.

Die ÖTV kritisiert das Herangehen des Magistrats. Bei einem Umorganisationskonzept müssten folgende Kriterien berücksichtigt werden: Sicherung von Arbeitsplätzen, Arbeitsbedingungen und der sozialen Belange der Beschäftigten; Gewährleistung von Einflussmöglichkeiten für Beschäftigte und Politik; Erhalt und Steuerung der wirtschaftlichen Potentiale in Stadt und Region sowie die Erreichung fiskalischer (Haushalt), ökologischer und verkehrlicher Ziele. Die Konzeption hätte nach einer Analyse der Rahmenbedingungen und der Marktverhältnisse eine „Programm- und Produktstrategie“ festlegen müssen. Auf dieser Grundlage müssten dann „Vorschläge für die Beibehaltung, Änderung und/oder die Erschließung neuer Geschäftsfelder und Produkte sowie deren Rechts- und Organisationsform“ gemacht werden.

Eigenbetrieb voreilig aufgegeben

Zum Konzept des Magistrats stellt die Gewerkschaft fest: „Eine aus den Aufgabenanalysen abgeleitete Bearbeitung von Rechtsformalternativen

Gewaltige Unterschiede

Bruttolöhne von BusfahrerInnen in NRW nach sechs Beschäftigungsjahren, ein Kind (in DM/Jahr)

Tarifgehalt für den öffentlichen Personennahverkehr (1. Tarifebene)

68 055

abgesenkter Tarifgehalt für den öffentlichen Personennahverkehr (2. Tarifebene)

59 132

Tarifgehalt für private Busunternehmen (NWO-Tarif)

47 754

Quelle: ÖTV Bezirksverwaltung NRW | DGB einblick / Nachdruck

Immer mehr kommunale Nahverkehrsunternehmen vergeben einen Teil ihrer Dienstleistungen an private Busunternehmen. Dort bekommen die FahrerInnen 20 000 Mark weniger für die gleiche Arbeit. Auch die 1995 eingeführte 2. Tarifebene für die öffentlichen Nahverkehrsunternehmen hat diesen Trend nicht stoppen können.

(unter Einbeziehung des Eigenbetriebs!) unterbleibt. Die Rechtsform des – erfolgreichen Eigenbetriebes – wird damit voreilig aufgegeben.“

Am 31. Mai wandte sich der Personalrat der Stadtwerke an die Stadtverordneten. „Weder bei der Überprüfung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten, der Nutzung von Optimierungsmöglichkeiten, noch bei der Nutzung gemeinsamer Geschäftsfelder durch die städtischen Unternehmen sind erfolgsversprechende Perspektiven durch das Gut-

achten aufgezeigt worden. Durch eine Rechtsformänderung wird das Problem des möglicherweise in einiger Zeit drohenden Wegfalls der Querverbundsubventionierung (Finanzierung des Defizits beim Nahverkehr durch Gewinne in anderen Sparten, d. Red.) nicht gelöst, da der Querverbund eine steuerrechtliche Regelung ist, die von der Unternehmensrechtsform unabhängig ist.“

Statt einer Verbesserung der finanziellen Lage in diesen beiden Punkten sieht der Personalrat mit der geplanten Bildung einer GmbH & Co. KG durch die Umsatzsteuer für Parkraumbewirtschaftung und die Straßenbeleuchtungsunterhaltung sogar noch zusätzliche Belastungen auf die Stadtwerke zukommen.

Zeitdruck nicht nachvollziehbar

„Da eventuelle Kooperationsvereinbarungen auch in der Eigenbetriebsform möglich sind, sehen wir ... keinen Grund für eine übereilte rückwirkende Umgründung, zumal das Gutachten zu dem Ergebnis kommt, dass die Kostenstrukturen sowohl im Energie- als auch im Verkehrsbereich gut sind...“ „Insgesamt betrachten wir die Erfolgsaussichten der Umgründung als äußerst unklar... Sofern wesentliche Rahmenbedingungen sich ändern sollten, ist eine rechtzeitige Reaktion auch in der jetzigen Situation möglich. Deshalb ist die Notwendigkeit des derzeit bestehenden Zeitdrucks nicht nachvollziehbar, sofern nicht weitergehende Maßnahmen bereits geplant sind, über die bisher nicht informiert wurde.“

Linkes Programm in Arbeit

Das Wahlbündnis PDS/Marburger Linke hat mit der Erarbeitung eines neuen kommunalpolitischen Programms begonnen. Darin einfließen sollen die Erfahrungen, die durch die drei Foren „PDS/Marburger Linke im Dialog“ mit Initiativen und Verbänden gewonnen wurden.

Das letzte Treffen hatte am 13. Mai zu den Themen „Stadtwerke“ und „Verkehrsentwicklungsplan“ stattgefunden. VertreterInnen von ÖTV, BUND, VCD, ADFC, Fuß e.V. und Mehr Demokratie e.V. waren sich weitgehend einig, was die negativen Auswirkungen der Privatisierung der Stadtwerke auf den ÖPNV und ökologische Zielsetzungen der Energieversorgung angeht. Die Planungen für den

Verkehrsentwicklungsplan stießen teilweise auf Kritik, weil sie eine konsequente Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel vermissen lassen.

Erste Entwürfe für das Kommunalprogramm der PDS/ML sollen bis Anfang August von „ExpertInnen“ und AGs zu den einzelnen Themenpunkten erarbeitet und dann gemeinsam diskutiert werden. Spätestens im Oktober soll dann das neue Programm vorliegen.

Wer sich an der Erarbeitung des Programms beteiligen will, kann im Büro der PDS/Marburger Linke (Tel. 163873) oder beim Stadtverordneten Nico Biver (Tel. 681506) erfahren, wer für die jeweiligen Themenpunkte verantwortlich ist und wann die jeweiligen AGs tagen.

Fortsetzung von Seite 1

Parlament entmachtet

Magistratsparteien wollen Nahverkehr und Versorgung dem Markt überlassen

Den Beschluß zur Privatisierung der Stadtwerke bezeichnete die Vorsitzende der PDS/Marburger Linke Eva Gottschaldt als einen Demokratieabbau, der damit enden könnte, dass das Parlament bald nur noch über Straßennamen und Blumenkübel entscheidet.

Angesichts der Bedeutung der Entscheidung war das Tempo, mit der sie herbei geführt wurde, geradezu skandalös. Eine öffentliche Diskussion war trotz der inzwischen viel beschworenen Bürgerbeteiligung nicht vorgesehen und selbst die Stadtverordneten hatten kaum Zeit, sich ernsthaft mit dem Thema zu befassen. Ein 250-seitiges Gutachten der Unternehmensberatungsfirma WEDIT, das die Grundlage für die Umwandlung der Stadtwerke abgab, lag ihnen gerade mal zwei Wochen vor der Abstimmung vor. Noch während der Sitzung wurden umfangreiche Änderungen der Gesellschaftsverträge für die neuen Unternehmen den ParlamentarierInnen auf den Tisch gelegt.

Einwände gegen dieses Verfahren wurden vom SPD-Fraktionschef Norbert Schüren mit dem Hinweis abgespeist, die Diskussion laufe seit sieben Jahren. 1993 hätten CDU und SPD bereits bei gescheiterten Koalitionsverhandlungen über die Privatisierung der Stadtwerke geredet.

Diese Vorgehensweise war nicht nur auf scharfen Widerspruch der PDS/Marburger Linke gestoßen. Ihr Abgeordneter Henning Köster, der Mitglied in der sog. Lenkungsgruppe ist, in der Stadtverordnete, Magistratsmitglieder, Leiter von städtischen Betrieben und Verwaltungsexperten die Umwandlung vorbereiteten, verwies auf die Planungsfehler beim Software Center, die die Stadt zwischen drei und sechs Millionen Mark kosten werden. Ohne Erfolg hatten auch ÖTV, DGB und der Personalrat der Stadtwerke dagegen protestiert, das Ganze übers Knie zu brechen.

Besonders ärgerlich für den Magistrat war, dass nicht nur die üblichen Verdächtigen die Harmonie störten. Rechtsanwalt Ludwig, ein zur MBL gewechseltes CDU-Mit-

glied, meldete erheblichen Beratungsbedarf an und bestritt, dass es aus finanziellen Gründen notwendig sei, so frühzeitig zu beschließen.

Seine Fraktion, die ansonsten der Privatisierung positiv gegenübersteht, stimmte deshalb für einen Antrag der PDS/ML, der einen Parlamentsbeschluss von einer öffentlichen Diskussion abhängig machte und dafür plädierte, die Entscheidungen der EU-Kommission zur Liberalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) abzuwarten. Da aber die Mehrheit befürchtete, im Kommunalwahlkampf mit ihrem Konzept keinen Blumentopf gewinnen zu können und hinter den Kulissen vor einer „Zerredung“ des Vorhabens gewarnt wurde, war kein Einbruch in der Fraktionsdisziplin der anderen Parteien zu erwarten.

sich derzeit allerdings noch keine abschließenden Aussagen machen“ ließen. Der Deutsche Städtetag hat sich – mit Zustimmung OB Möllers – bei der Bundesregierung dafür stark gemacht, solche Maßnahmen zu verhindern. Umso verwunderlicher ist es, dass man in voraus-eilendem Gehorsam dem Städtetag in den Rücken fällt und durch die schnellen Entscheidungen möglicherweise teure Fehlplanungen riskiert.

Auf besonders dünnes Eis begab sich Schüren als er behauptete, der Privatisierungsprozess fände in Übereinstimmung mit den Beschäftigten statt. Nachdem Köster darauf verwiesen hatte, dass sowohl der Personalrat als auch die

ÖTV Inhalt und Tempo der Umwandlung scharf kritisiert hatten, bezichtigte Schüren die PDS/ML, die Gewerkschaften zu instrumentalisieren. Die PDS hatte in einer Sonderausgabe des NEUEN MARBURG die Stellungnahmen von ÖTV und Personalrat auszugsweise wiedergegeben.

Die Kritik an den Magistratsplänen war aber nicht völlig erfolglos. Bereits im Vorfeld hatten SPD und Grüne im Parlament eine Bestandsgarantie für die gegenwärtig Beschäftigten abgegeben, wohl auch, um möglichen Widerstand gering zu halten. In Gießen war das Personal wegen ähnlicher Pläne in den Streik getreten. Die PDS/Marburger Linke wies daraufhin, dass neue Beschäftigte nicht schlechter gestellt werden dürften und beantragte, dass die neuen Unternehmen im kommunalen Arbeitgeberverband bleiben müssten, um eine in solchen Fällen übliche Tarifflucht zu verhindern und alle Beschäftigten abzusichern.

Als „Arbeitnehmerpartei“ konnte die SPD ein solches Unterfangen nicht dulden und Schüren beantragte mitten in der Abstimmung, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen, was mit Unterstützung der Mehrheit des Parlaments gelang. Damit entzog sich die SPD wenig elegant dem Dilemma, für einen Antrag der PDS/ML stimmen zu müssen oder durch Ablehnung ihre eigenen angeblichen Ziele zu verraten.



Angebot und Preise der Stadtwerke wird künftig der Markt bestimmen

Nico Biner

In der Rede von OB Möller und den Beiträgen der Fraktionschefs von SPD und CDU, Schüren und Rehlich wurde nicht mit Lobeshymnen auf das verantwortungsvolle Verhalten der jeweils anderen Partei gespart. Trotz der anstehenden bahnbrechenden Entscheidungen kam in der dreistündigen Debatte weder bei den Stadtverordneten noch den anwesenden Beschäftigten der Stadtwerke Begeisterung auf. Fast alle Redner ergingen sich in plumpen Attacken auf die PDS/ML. Den Vogel schossen Schüren und Rehlich mit Behauptungen ab, die PDS/Marburger Linke liebäugle mit DDR-Verhältnissen („Bitterfeld“ und „VEB“). Damit diskreditierten sie den erfolgreichen Eigenbetrieb Stadtwerke als staatssozialistisches Relikt.

Erneut wurde so getan, als ob man auf unabänderliche Beschlüsse der Europäischen Union reagiere. Dabei hieß es im Gutachten von WEDIT, dass zwar Maßnahmen der EU zu Deregulierung des ÖPNV zu erwarten seien, „über deren Einzelheiten



Begründung für diesen Handstreich war, dass man sich tags zuvor mit dem Personalrat auf diesen Punkt geeinigt hätte und er in einem Überleitungsvertrag, der im August zur Abstimmung steht, festgehalten werde. Dieser Erfolg ist aber nur die drittbeste Lösung, denn der Überleitungsvertrag kann gekündigt werden wenn zum Beispiel ein Konkurs droht. Bei Beibehaltung des Eigenbetriebes wäre dies unmöglich und komplizierte Regelungen für die Sicherung der Rechte der Beschäftigten überflüssig.

Die zweitbeste Lösung wäre gewesen, die Tarifbindung in die Gesellschaftsverträge aufzunehmen, die nur durch das Stadtparlament geändert werden können.

In letzter Minute wurde die Zusammensetzung des Aufsichtsrates geändert. Je fünf Mitglieder bestimmen Magistrat, Parlament und Betriebsrat. Das klingt demokratisch, ändert aber nichts daran, dass das Stadtparlament gegenüber dem Aufsichtsrat nicht weisungsbefugt ist.

Im Gesellschaftsvertrag steht jetzt außerdem, dass die Stadt eine Mehrheit von 51 % an der GmbH & Co. KG behalten müsse. Damit wurde anerkannt, dass zumindest eine Teilprivatisierung angestrebt ist. Das heisst nicht, dass diese Bestimmung auch für die zu gründenden GmbHs für Versorgung und Verkehr gelten wird und dass sie auch bei anderen politischen Mehrheiten Bestand hat.

Den Grünen wurde ein eigener Farbtupfer erlaubt. Das Unternehmen soll jetzt außer wirtschaftlichen auch „ökologische und soziale Ziele berücksichtigen“. Fragt sich, ob der Markt das zulässt. Dies gilt auch für den Zusatz, „der Anteil des Atomstroms bei der Energieversorgung soll schrittweise auf Null reduziert werden“. Der Hinweis, hiermit könnten 32 Jahre gemeint sein, hielt die CDU nicht davon ab, hier mit „Nein“ zu stimmen.

Henning Köster



PDS Marburger Linke

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie ist seit 1997 mit vier Stadtverordneten im Parlament vertreten:

Eva Chr. Gottschaldt, Fraktionsvorsitzende, Sozialpolitik, Tel. 961961, Fax 961960

Henning Köster, Stadtentwicklung, Kinder- und Jugendpolitik, Tel. 65752

Pia Maier, Haushalt, Umwelt, Tel. 0177-3029285

Nico Biver, Verkehrspolitik, Tel. 681506

Fraktionsbüro: Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 163873

Offenes Plenum, jeweils am 1. Donnerstag und 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Fraktionsbüro

wann & wo

Marktführschoppen kippen!

Konzert mit Low End Models und Play Rude
Sa., 30. Juni, 15.00, Unistr. 4

Demonstration und anschließend Fete mit Attention Rookies und Swoons (Unistr. 4)
So., 1. Juli, 10 Uhr, ab Stadthalle

Offenes Treffen von [SOLID], die Sozialistische Jugend

Mo., 10. Juli, 19.00, PDS-Büro

Öffentliche PDS-Versammlung

Thema: Anträge zum Landesparteitag
Di., 11. Juli, 19.30, PDS-Büro

Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 8. August, 19.30, PDS-Büro

Landestreffen von [SOLID], die Sozialistische Jugend

Sa., 12. August, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke

Thema: Kommunalwahl-Programm
Do., 17. August, 20.00, PDS-Büro

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, André Berg, Nico Biver (verantwortlich), Rainer Schlaf

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver (Gestaltung), Rainer Schlaf

Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Anzeigen: Anzeigenpreise auf Anfrage

Redaktionsschluss: 27. Juni 2000

Sozialhilfe nicht mehr geheim?

Antrag der PDS/ML wurde abgelehnt aber dennoch umgesetzt

Zum Thema soziale Gerechtigkeit fällt der SPD nichts mehr ein. Diesen Eindruck konnte man auf der April-Sitzung des Stadtparlaments gewinnen, als über einen Antrag der PDS/Marburger Linke debattiert wurde, die Marburger BürgerInnen besser über das Recht auf Sozialhilfe zu informieren.

Darin war gefordert worden, in vier städtischen Ämtern eine Broschüre der Bundesregierung auszulegen und die Bevölkerung in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen.

Wie bereits in der letzten Ausgabe des NEUEN MARBURG vermutet, lehnten alle anderen Fraktionen den Antrag ab. Bemerkenswert dabei war, dass niemand aus der SPD-Fraktion sich traute, dies auch öffentlich zu begründen. Stattdessen wur-

de die Sozialdezernentin Ulrike Kober (Grüne) vorgeschickt, die wortreich erklärte, dass es nichts bringe, besagte Broschüre zu verbreiten, da die Materie viel zu kompliziert sei und sie nichts dazu beitrage, den Menschen die Scham zu nehmen, Sozialhilfe zu beantragen. Obwohl die Stadt gesetzlich dazu verpflichtet ist, die Bevölkerung über die Sozialhilfe aufzuklären, meinte sie, die Sozialprojekte in den Stadtteilen könnten diese Aufgabe viel besser wahrnehmen.

Außerdem versicherte sie, die Broschüre „Das Sozialhilferecht“ liege in manchen Ämtern aus. Ein Besuch beim Sozialamt, dem Stadtbüro, dem Gesundheitsamt und dem Rathaus hatte ergeben, dass nirgendwo Informationsmaterial zu Sozialhilfe sichtbar angeboten wurde.

Dennoch scheint der Antrag der PDS/Marburger Linke nicht ganz

folgenlos geblieben zu sein. In der Antwort auf eine kleine Anfrage in der Parlamentsitzung von Ende Mai erklärte Kober, die Sozialhilfebroschüre würde im Rathaus und im Sozialamt ausliegen. Im Stadtbüro, würde das nur schwerlich gehen, aber auf Anfrage könne man sie erhalten. Außerdem würde das Sozialamt auf die Ausländerbehörde und die Wohngeldstelle einwirken, sie ebenfalls auszulegen. Für den Fall dass die Broschüre dennoch nicht vorhanden sei, hatte die Sozialdezernentin eine Erklärung parat: „Es wurde schon mehrfach die Erfahrung gemacht, dass Besucher offenbar Broschüren in größerer Anzahl mitgenommen haben, was dazu geführt haben kann, dass kurzfristig keine Exemplare auslagen.“

Wer sich also informieren will, sollte die Probe aus Exempel machen. Eine Überprüfung hat ergeben, dass das Heft im Sozialamt jetzt tatsächlich vorhanden ist. Im Rathaus schien sie aber mal wieder ausgegangen zu sein.

Nico Biver



Saarbrücker Stadtbahn auf Promotiontour in Luxemburg

Kurz gefragt

Stadtbahn ad acta?

Laut Aussage von Bürgermeister Vaupel (SPD) beabsichtigt die Stadt nicht, ein Gutachten in Auftrag zu geben, das die Möglichkeiten der Einführung einer Stadtbahn in Marburg untersuchen soll. Im Mai 1999 hatte das Parlament auf Antrag der PDS/ML eine solche Untersuchung von den Ergebnissen eines Hearings abhängig gemacht. Dieses fand am 16. März statt.

Vaupel behauptete, dass sowohl das Büro BSV, das mit dem Verkehrsentwicklungsplan für den Marburger Norden und Westen befasst ist, als auch Prof. Hartmut Topp, der das Hearing moderierte,

eine Stadtbahn für nicht sinnvoll hielten.

Das Büro BSV hatte sich allerdings mit der Frage der Einführung einer Stadtbahn in Marburg überhaupt nicht befasst. Und das Resümee, das Topp zog, ist nur punktuell ablehnend ausgefallen. Es ist zudem auf Kritik gestoßen, sodass die Stadt jetzt die Meinung von andern TeilnehmerInnen des Hearings einholen will.

Die Aussagen von Topp waren zum Teil seine eigenen Einschätzungen und nicht bei der Anhörung behandelt worden. Hier ging es fast ausschließlich um die Erfahrungen mit Stadt- und Straßenbahnen in anderen Städten, die durch die Bank positiv ausfielen. Vaupel behauptet, dass ein separater Gleiskörper nicht durchgängig realisierbar sei, obwohl auch dies nicht untersucht wurde und

nicht Thema des Hearings war.

Die Schlussfolgerung Topps, dass „nur regionale Ansätze eine Chance haben können“, um ein ausreichendes Verkehrsaufkommen zu erreichen, ist allerdings unumstritten. Auch Vaupel sagt, es sei darauf hingewiesen worden, über eine Regionalbahn im Verbund der mittelhessischen Städte nachzudenken. Genau das ist das Konzept einer Stadtbahn: eine Straßenbahn, die die Region mit den Innenstädten verbindet. Die PDS/ML wird beantragen, dass ein solches Konzept untersucht wird.

Bänke weg, Obdachlose weg?

Eine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster nach der Entfernung von Bänken in der Innenstadt, beantwortete Chefin des Betriebsamtes Ulrike Kober. Lediglich am Markt seien Bänke entfernt worden und sie würden wieder aufgestellt werden. Köster verwies darauf, dass auch am Eingang der Wettergasse eine Rundbank beseitigt worden sei und die Stelle jetzt oft als Parkplatz benutzt werde. Seine Vermutung, der Stadt gehe es darum, Nichtsesshafte aus der Innenstadt fern zu halten, wurde indirekt von OB Möller bestätigt. Am Markt sollen jetzt Bänke aufgestellt werden, die nur noch zwei Personen eine Sitzmöglichkeit bieten, um größere Menschenansammlungen zu vermeiden. Es ist zu vermuten, dass es sich dabei um hässliche Schalen-sitze handeln wird, die auch verhindern, dass sich jemand hinlegen kann.

„Die alte Musenstadt an der Lahn“

Der Marktfrühschoppen, Teil einer vaterländischen Tradition

Er ist seit über 30 Jahren Mitglied in der freiwilligen Feuerwehr, seit über 40 Jahren Mitglied in einem Sportverein und seit über 50 Jahren Bürger dieser Stadt. Er hat nur wenige Marktfrühschoppen nicht besucht und empfindet es als „echter Ketzerbäcker“ als Verpflichtung, am Marktfrühschoppen teilzunehmen.

Diese Informationen gab uns ein Leserbriefschreiber am 9. März in der Oberhessischen Presse. Ein Leserbrief, der in vielerlei Hinsicht Spannendes enthält, wenn man sich mit Marburger Identität und Befindlichkeit beschäftigt. Ein zentrales Merkmal dieser Identität ist seit jeher das Verhältnis zwischen Marburger BürgerInnen und der Marburger Studierendenschaft.

Machen wir zum Verständnis der Marburger Identität einen kleinen Rückblick in das 19. Jahrhundert. Im Husum Verlag ist 1986 ein Buch mit Texten über Marburg erschienen. Er hat eine Reihe solcher heimatkitschigen Bücher gedruckt.

Viele der Texte aus dem Marburg Lesebuch stammen aus dem 19. Jahrhundert. In einem, der mit „Die alte Musenstadt an der Lahn“ überschrieben ist, lässt sich folgender Absatz über das Verhältnis zwischen Studenten und BürgerInnen der Stadt Marburg zu dieser Zeit erfahren:

„Beides, ernste Wissenschaft und frohes studentisches Leben, hat in der alten Musenstadt an der Lahn, in Marburg, eine würdige Stätte. (...) Marburg ist in erster Linie Universitätsstadt. Der Hochschule besonders verdankt sie ihr Aufblühen, und so ist es nicht zu verwundern, dass sie der Stadt ihr Gepräge gibt. Keine studentische Festlichkeit, an der nicht die Bürgerschaft regen Anteil nähme und die durch die Anwesenheit Marburgs blühender Töchter verschönt würde (...).“

Mit Studenten sind hier selbstverständlich Verbindungsstudenten gemeint. Zur damaligen Zeit waren die meisten Studenten Korporierte. Womit wir wieder beim Marktfrühschoppen wären. Korporierte Rituale wie der Marktfrühschoppen haben in Marburg eine lange Tradition, wie aus dem Sammelband des Husumverlages zu erfahren ist

Kommen wir aus dem 19. Jahrhundert zurück in die Gegenwart. Korporiertes Brauchtum prägt auch heute entscheidend das Bild der Stadt

Marburg. Beispiele dafür sind der männerbündische Freundschaftsbrunnen, der 1977 am Rudolphsplatz im Auftrag der Marburger Korporationen dort hingestellt wurde. Auch der Regenbogen, der regelmäßig auf das Pflaster der Oberstadt an der Wasserscheide aufgepinselt wird, und zwar immer dann, wenn das Corps Teutonia sein Stiftungsfest feiert, ist ein Beispiel für solches Brauchtum. Korporationen haben also seit jeher das Bild der Stadt Marburg mitgestaltet und somit auch die Identität dieser Stadt geprägt.



Relief an der ehemaligen Jägerkaserne

Das weiß auch der Autor des Leserbriefes in der OP. Er schreibt, dass die Korporationen immer dazu beigetragen hätten, dass Traditionen erhalten blieben. Diverse Marburger Bürger wollen also auf die Burschenschaften als Identitätsstifter für Marburg nicht verzichten.

Gehen wir noch einmal zurück in das 19. Jahrhundert, zu der Zeit als die Burschenschaften 1817 auf der Wartburg in Eisenach sogenannte un-deutsche Literatur als identitätsbildende Maßnahme verbrannten.

Viele mittelalterlich anmutende Gebäude der Oberstadt wurden in dieser Zeit vom Marburger Bürgertum errichtet. Damals war es in diesen Kreisen modern, sich mit dem zu beschäftigen, was man für die goldene Vergangenheit hielt. Es entstand beispielsweise viel von dem, was heute als Volkstanz verkauft wird. Viele „Trachten“ von Volkstanzgruppen wurden im 19. Jahrhundert als bürgerlich konservative Reaktion gegen die Industrialisierung entworfen.

Viele alte Herren ließen sich seinerzeit in Marburg nieder, da von der Industrialisierung dort noch nichts zu spüren war. Beispielhaft ist ein Auszug aus Werner Bertrams Roman „Kampf“. Dort heißt es:

„Als malerisches Städtchen sucht es (Marburg) noch immer seinesgleichen im deutschen Vaterlande. (...) Das ehrwürdige Rathaus, die wunderlichen Bauten von Weidenhausen, die vielen Stufen der Schlossstiege, (...) eine Julinacht da oben in den Steinbauten, vor den Türmen und Erkern, zwischen Rosen und Jasmin.“

Bester vaterländischer Kitsch aus Marburg. Solcher Kitsch lässt sich auch heute noch aufspüren, wenn man einen kleinen Spaziergang durch den Schlosspark macht und etwa auf die Bismarckeiche stößt. Eine perfek-

te Versinnbildlichung von biederm Nationalismus und romantischem Getue, wie es auch die Burschenschaften symbolisieren.

Die ganze Stadt Marburg ist sowohl von ihrer Architektur als auch von ihrer Tradition her von diesem nationalistischem Kitsch bedeckt. Der Marktfrühschoppen ist da nur ein Exponent.

Wenn nun der Autor des OP-Leserbriefes schreibt, die Gegner des Marktfrühschoppens seien alle intolerant und unharmonisch, dann zeigt sich hier das Ergebnis dieser speziellen Marburger Identität. Marburg wird als romantisches Städtchen in einer ansonsten bösen Welt gesehen. Die Burschenschaften sind Teil des romantischen Städtchens, die MarktfrühschoppengegnerInnen sind Teil der bösen Welt und kommen nach Auffassung des Leserbriefschreibers alle von außerhalb.

In dem Leserbrief zeigt sich eine Schwäche der bisherigen Anti-Marktfrühschoppenkampagne, die diesen bisher als alleinigen Angriffspunkt betrachtete, sich aber nie damit auseinandersetzte, dass der Marktfrühschoppen nur Teil einer langen nationalistisch-romantischen Tradition und Identität in Marburg ist. Andreas Brandmeyer

BARFÜSSER STRASSE 50

Armut ungleich verteilt

Laut Angaben des Sozialamtes bezogen in Marburg Ende 1999 insgesamt 3.706 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. 53,5 % der SozialhilfeempfängerInnen leben in den Stadtteilen Oberer und Unterer Richtsberg, Waldtal und Stadtwald, deren Bevölkerungsanteil lediglich 14,6 % ausmacht.

Diese Zahlen spiegeln nur einen Teil der Armut wieder. AsylbewerberInnen und AusländerInnen, die kein Anrecht auf Sozialhilfe haben, sind nicht berücksichtigt. Außerdem kommen nach bundesweiten Erhebungen auf 100 SozialhilfeempfängerInnen weitere 110 Personen, die Anrecht auf staatliche Hilfe hätten.

KFZ weggeplant?

Die Pläne für die Umgestaltung des Fronhofgeländes zwischen Unistraße und Schulstraße haben beim KFZ die Alarmglocken läuten lassen. Direkt gegenüber dem KFZ soll eine Mehrzweckhalle für die Ubbelohde-Schule mit Wohnungen in den Obergeschossen entstehen. Dahinter, in Richtung Unistraße und neben dem KFZ, sind Wohnhäuser geplant.

Das KFZ befürchtet, dass es wegen der Lärmschutzbestimmungen sein Programm nicht mehr wird fortsetzen können und vermutet dahinter die Absicht, es aus dem Viertel raus zu bekommen. Es schlägt deshalb vor, hinter der Mehrzweckhalle ein Kulturzentrum mit 400 Sitzplätzen zu errichten. In der aktuellen kulturpolitischen Diskussion sei ein Zentrum in dieser Größenordnung als Manko festgestellt worden.

5,2 Millionen verbaselt

Ein Akteneinsichtsausschuss soll klären, wie es die Stadtwerke versäumen konnten, 1997 und 1998 einen Antrag auf Steuerbefreiung für den Bezug von Erdgas für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu stellen. Im März 2000 wurde die so entstandene Steuerschuld von 5,2 Mio. DM beglichen. Der zuständige Dezernent OB Möller will erst danach von dem Vorgang erfahren haben.

Die Grünen, für die von vorneherein feststeht, dass Möller der Schuldige ist, hatten die Einrichtung des Ausschusses durchgesetzt. Möller verwies darauf, dass noch unter seinem Vorgänger Jürgen Gotthold der Fehler passiert sei und dass die Betriebsleitung ihn über diesen Vorgang nicht informiert habe. Außerdem hätte die Hälfte aller Städte und Gemeinden den selben Fehler gemacht. Aus diesem Grund besteht Hoffnung, dass die Summe zurückerstattet wird.

Göttliche Parabel

„Martin Luther und Thomas Münzer oder die Einführung der Buchhaltung“

Es gibt nur wenige Stücke, deren Programm in einem so kurzen Satz zusammengefasst werden kann. Genau das ist der Fall bei Dieter Fortes „göttlicher“ Parabel, die zur Zeit als Freilicht-Aufführung des Hessischen Landestheaters zu sehen ist. Als das Stück Ende der sechziger Jahre uraufgeführt wurde, war es ein wirkliches Politikum. Die Luthersche Reformation wird als Geschäft, Luther als Spielball einiger Fürsten gezeigt, die wiederum Spielbälle des allmächtigen Fugger sind. „Blasphemie“ wurde damals geschrien und ein „marxistisches Tendenzstück“ ausgemacht. Von Gotteslästerung will heute keiner mehr so recht sprechen, dennoch, das Stück von Forte kann nach wie vor als bitter-komische Zeitsatire gelesen werden.

Die Inszenierung des Hessischen Landestheaters trägt diesem Aspekt durchaus Rechnung. Mit dem Lutherschen Kirchhof ist zudem ein idealer Ort für die diesjährige Freilicht-

Aufführung gefunden worden. Der direkte lokale Bezug zur Stadtgeschichte ist auch vorhanden: die Reformation ermöglichte es seinerzeit dem Marburger Landgrafen, die Klöster der Stadt zu enteignen und vom Erlös eine Universität zu gründen, die Juristen und Theologen ausbilden sollte.

Mit einfachen Mitteln wird eine repräsentative Auswahl aus den insgesamt mehr als 80 Szenen geboten. Ein wenig schade ist, dass all diejenigen Szenen gestrichen sind, in denen der Papst auftritt, der sich bei Forte gleich allen anderen Fürsten einschließlich der Bischöfe und Kardinäle als durchaus weltlicher Macht-haber enthüllt.

Ein störendes Element im blühenden Geschäft aus Krediten, Ablässen, Reliquien und durch Luther ermöglichten Enteignungen ist nur der Teil der Reformation, der die Forderungen tatsächlich ernst nimmt. Peter Meyers spielte den Münzer mit revolutionärem Kick, ohne übertriebenen Pathos. Dem Umstand, dass Arbeiter und Bauern nicht immer ganz so sind, wie es sich einst manche ML-Gruppe gewünscht hat, tragen Stück

und Inszenierung Rechnung. Die revoltierenden Bauern erscheinen nicht als heroische Freiheitskämpfer, sondern sind dem Gesamtgestus des Stücks angepasst ironisch gebrochen.

Gleichgültig, ob man Fortes Vorlage ein historisches oder ein historisierendes Stück nennen will, man kann aus ihm einiges über die Vergangenheit und viel über die Gegenwart lernen. Der Inszenierung von Klaus Kusenberg gelingt es, zu unterhalten ohne die Ernsthaftigkeit des

Stücks zu ignorieren. Hätte der Zeitbezug an einigen Stellen deutlicher gemacht werden können und kam Münzer gegenüber Luther ein wenig zu kurz, der Besuch des Stücks lohnt sich auf alle Fälle. Und wo wäre ein besserer Aufführungsort als vor einer evangelischen Kirche.

David Salomon

Nächste Aufführungen:
jeweils um 20.00 Uhr, am 30. Juni, sowie am 1., 2., 4., 5. und 6. Juli



Frank Damerius als Luther (r.) und Peter Liebaug als Gattinara

Hessisches Landestheater/Martin Kreuter

So viel Glanz im Neandertal?

Tagung über den Romanisten Werner Krauss, der 1947 Marburg den Rücken kehrte

Mitte Juni liefen doch tatsächlich ziemlich viele Leute beschwingt durch Marburg und erzählten, sie hätten ausnahmsweise mal einen schönen Kongress erlebt.

Die Romanisten und Germanisten Hermann Hofer, Thomas Karger, Martin Vialon und Theodor E. Voß hatten für die Zeit vom 8. bis 11.6. zu einer Tagung über den ehemaligen Marburger Professor Werner Krauss eingeladen. Der hatte es nun allerdings in sich.

1900 geboren, war er seit Ende der zwanziger Jahre erst Assistent, dann Hochschullehrer für Romanische Philologie in Marburg. Er wohnte am Rotenberg 28 A. Als er 1940 zu einer Dolmetschkompanie nach Berlin eingezogen wurde, schloss er sich einer Gruppe an, die mit der „Roten Kapelle“ zusammenarbeitete, welche ihrerseits die Sowjetunion mit nützlichen Nachrichten versorgte. Er wurde verhaftet und zum Tod verurteilt. In der Zelle schrieb er mit gefesselten Händen einen Roman.

Krauss überlebte weil von Marburg aus eine Rettungsaktion ins Werk gesetzt wurde. Großen Anteil daran hatten seine spätere Frau Do-

ris Schuhmacher sowie einige Professoren, darunter der Dekan der Philosophischen Fakultät Julius Ebbinghaus (Schwanallee 21). Sie erreichten, dass Werner Krauss für verrückt erklärt wurde. Der Prozess wurde wiederaufgenommen und das Todesurteil in eine fünfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt. Seine Gefährtin, darunter seine Freundin Ursula Goetze, wurden hingerichtet.

Nach der Befreiung 1945 kam Krauss nach Marburg zurück und trat der KPD bei. Er war ihr Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl 1946. Seine Liste erhielt mehr als 6 Prozent, aber keinen Sitz, denn es galt eine 10-Prozent-Klausel.

Ärgerlicher war für ihn der Zustand der Philipps-Universität. Er sprach von Marburg als „Neandertal“. Nur wenige NS-Professoren waren entlassen. Die meisten blieben und führten bald wieder das große Wort. Ein Versuch, schon 1946 Abendroth nach Marburg zu berufen, scheiterte – Krauss' zufolge – an einer Machenschaft des ehemaligen Linken und späteren wilden Antikommunisten Franz Borkenau. Im Kalten Krieg – offiziell ab 1947 – waren alte Nazis genehmer als kom-

munistische Widerstandskämpfer. Krauss ging nach Leipzig, wo er zusammen mit Fritz Behrens, Ernst Bloch, Walter Markov, Hans Mayer zur Blüte der marxistischen Gesellschaftswissenschaften an der dortigen Uni beitrug. Man weiß, dass das nur bis zum „Frost nach dem Tauwetter“ (Jürgen Kuczynski) ca. 1957 gut ging.

Krauss wechselte danach an die Akademie der Wissenschaften nach Berlin und richtete dort einen Forschungsschwerpunkt zur Aufklärung ein. Er wohnte im Vorort Hessewinkel und war dort – neben dem Philosophen Wolfgang Heise – eine Bezugsperson für Leute, die intellektuelle Frischluft brauchten. Ab 1968 gehörten dazu auch Besucher(innen) aus Westberlin. In seiner Jugend hatte Krauss in Spanien Kontakt zu Anarchisten gehabt und war dabei sogar kurz ins Gefängnis gekommen. Diese frühen Erinnerungen erleichterten ihm jetzt die Sympathie mit der westdeutschen Studierenden-Revolution.

Als Rentner kam er manchmal – gleichsam inkognito – nach Marburg und an den Rotenberg 28A, wo bis 1981 seine frühere Ehefrau lebte. 1975 wurde der Block D der Geistes-

wissenschaftlichen Gebäude in der Wilhelm-Röpke-Straße in „Werner-Krauss-Turm“ umbenannt. Inzwischen ist das vergessen. Werner Krauss starb 1976.

All dies und noch viel mehr hörte man auf der Marburger Tagung im Juni. Einige Teilnehmerinnen irrten durch die Straßen, schüttelten die Köpfe und murmelten vor sich hin: „So viel Glanz im Neandertal?“. Kaum zu glauben. Georg Fülberth

Jubiläum verpennt

Im Eifer des Gefechtes haben wir bei der letzten Ausgabe völlig übersehen, dass es das NEUE MARBURG seit genau fünf Jahren gibt. Im Mai 1995 erschien die erste Ausgabe. Insgesamt sind es jetzt 33. Aus diesem Anlass führen wir die Rubrik „Vor 5 Jahren“ ein, die Ihnen zeigen soll, dass wir immer alles besser wussten. Wir möchten Sie bitten, keine Blumen vorbeizubringen oder Geschenke zu schicken. Überweisen lieber einen erklecklichen Betrag an eine gemeinnützige Vereinigung, nämlich die Marburger PDS.

Spendenkonto:

PDS Marburg-Biedenkopf
Marburger Bank
Konto-Nr.: 53 12 43, BLZ: 53 39 00 00

Don Ricardello

Running Gag wird Chef de Culture

Bürgerlich Opportun biegt er mit seinem Drahtesel ums Eck. Der neue Kulturamtsleiter. Wer sonst. Das Pfingstwunder von Marburg. Richard Laufner sieht, dass alles eitel ist und der Magistrat jubelt. „Immerwährend betrügt die Kulturindustrie ihre Konsumenten um das, was sie immerwährend verspricht“, schrieben Adorno & Horkheimer, Cognac schwenkend unter pazifischen Palmen sitzend, vor knapp 60 Jahren in ihrer „Dialektik der Aufklärung“, und es ist, als hätten sie den neuen Kulturamtsleiter gemeint.

Draußen stehen die Mädchen und haben „Don Ricardello“ auf ihre Hemdchen gemalt; die Jungs machen ein paar Dosenbiere auf und grölen: „Wir wollen unseren Richard sehen!“ Drinnen sitzt Richard und hat endlich gemerkt, wie wenig es braucht, um für ein paar kurze Frühlingsschichten der Star zu sein, der absolute Gewinner im Kampf um die Aufmerksamkeit. Als Selbstdarsteller ist Laufner von ungewöhnlicher Tüchtigkeit, immer eine Hand am Puls der Zeit. Seine Darstellung des Kulturamtsleiters wird mit dem Kritiker Herbert Ihering gesagt: „ein Elementarereignis.“ „Popularität ist des Ruhmes kleines Wechselgeld.“ (Victor Hugo).

Vielleicht hilft es der Wahrheitsfindung, Laufner in die Nähe von FDP-Wahl-King Möllemann zu rücken. Großer Bruder Möllemann. Beide erweisen sich als Stehaufmännchen mit Showqualitäten und wurden oft gnadenlos unterschätzt. Sofern Laufners Karriere etwas zeigt, so dies: Sein Kennzeichen war nicht die Festigkeit in Grundsatzfragen, vielmehr hat er das Talent, Chancen zu wittern und das politisch Opportune zu erkennen. Kraftvoll, als ginge es darum, ein tausendköpfiges Burgtheaterpublikum zu bezwingen, absolviert er seine Auftritte. Need for speed – Tempo ist Trumpf. „Aufgabe von Kunst heute ist es, Chaos in die Ordnung zu bringen.“ (Theodor Adorno).

Der schöpferisch & kommerziell erfolgreiche Regisseur und Berliner Ensemble-Intendant Claus Peymann gibt wegweisend zu bedenken: „Dass die politische Perspektive dieser Stadt in der Entfaltung ihres kulturellen Lebens besteht.“ Laufner ist der Garant einer entpolitisierten Kultur (kinderfreundlich, unerotisch & prüde), die bloß unterhalten will. Also bieder im Gefieder und gediegen. Ratzfatz über das gefürchtete Mittelmaß die Konsenssoße kippen und hinter einem Neutralitätsvorhang verstecken. Dazu reichlich Sponse-

ring – Prostitution, wie von der FAZ propagiert. So nimmt es nicht Wunder, dass der kleine Stadthauptling & Sozi Egon Vaupel Laufners Event-Kultur-Gefummel in die Sphäre des Erlesenen hebt. Auf zum Lifestyle-Olymp.

Modernes Kulturmanagement wird's dann geben. Etwa so: Literarisches Drachenbootrennen durch die Antiquariate & Buchhandlungen. Die neuen Amtsleiter werden vorgestellt, sackhüpfend das jeweilige Parteibuch schwenkend. Achselhöhlenmalerei mit Goldglitter & Blumenbildern, vorzugsweise bei Frauen.



Fesch-frivole High Snobiety demnächst in Marburg

Ist er jetzt der creative hemdsärmelige Kulturobermotz? Richard kann schneller als sein Schatten Jahrmärkte organisieren, die großkotzig „3 Tage Marburg“ genannt werden. Ein wüstes Konsumspektakulum, bestenfalls Urks Murks. Marktschreierisch wird dafür Monate zuvor geworben in einem Anzeigengrab namens „express“. Die dortigen paar Texte fallen nicht ins Gewicht. Inhaltlich eher dürftig. Ausnahme, die kongeniale Schreibe von Motivklingel-Erfinder Hermann Ploppa. Ist mir ein kompaktes Rätsel, warum die dort irrlichtert. Werbung braucht ein Umfeld, um wahr genommen zu werden. Das scheint dem glorreichen Chefredakteur Laufner reichlich fremd zu sein. Leumund stärkend schwärmt die Elfe aus Zwölfenbein mit ihrer „bella carrosseria“: „Der Richard ist ein ganz charmanter, ein toller Mann.

Der schaut ja so herzlich.“ Erfolg macht sexy.

Der viel geplagten Richard-Laufner-Fangemeinde verdankt es Don Ricardello, dass er das Step-by-Step-Verfahren sausen lassen konnte. Volle Kanne auf der Überholspur erkaufte er den Olymp der städtischen Kultur, um den sich 51 Nasen beworben haben. Freilich ist die Stellenausschreibung perfekt auf Laufner zugeschnitten. Ein Schelm wer da an rot-grüne Kungelei denkt, an „ein abekartetes Spiel“ gar, so der Kulturmanager Rainer Eble in einem Schreiben an Egon Vaupel. Auf den Sozi Ulrich Severin beruft er sich, der habe ihm im Juno 99 gesagt: „Wenn Arno Fischer geht, kann endlich Richard Laufner Kulturamtsleiter werden.“ Severin bestätigt das Gespräch und gibt den Hofnarren, zitiert den üblichen Blödel-Kanon: „Es war ein

statement meistern. Jede Verschwörungstheorie & Inszenierungskritik an sich aberperlen lassen. Wirkungssüchtig auf den schnellen Erfolg bauen aus der Trickkiste „Klamauk & Outrage“.

Ach ja, da ist noch die Oberhessische Presse. Die posaunte aus, fünf Wochen vor der Ausrufung, dass Richard „der aussichtsreichste Kandidat“ sei. Nachtigall, ich hör dir trapfen. Quasi zeitgleich und rein zufällig hat der „express“ den Auftrag ergattert, die stadteigene Gurke „Studier mal Marburg“ zu verlegen. Sehn se, det is Marburg. Ein Familienbetrieb.

Doch don't worry: selbstverständlich kann alles ganz anders sein. Richard hat einen Jahrzehnte umfassenden kommerziellen Bogen gespannt, um endlich nonkonformistisch, intellektuell & schöpferisch wirken zu können. Beispiel gefällig? Sexpertin Laura Merrit führt durch eine Hurtour des Nutten und Nüttchen e. V., wie vor kurzem in der alternativen Berliner Ufa-Fabrik (siehe taz vom 7.6. SZ vom 6.6.). Oder Pierre Bourdieu einladen, wie zu Pfingsten in die Berliner Schaubühne: „den Intellektuellen die Rolle von Militanten der Vernunft wiederzugeben, die sie etwa im 18. Jahrhundert inne hatten.“ Die hiesigen Studenten der Philosophie & Soziologie wollen sicherlich mal einem Klassiker ihres Fachs in die Augen schauen. „Künstler ist nur einer, der aus der Lösung ein Rätsel machen kann.“ (Karl Kraus). So oder so. Es lauffert sich vorzüglich. Richard goes OB. Scherz lass nach. Und sonst ist wieder alles klar auf der Andrea Doria (Udo Lindenberg).

Empfohlen sei: „Kunst und Geld. Szenen einer Mischehe“ C. H. Beck Verlag von Walter Grasskamp, Prof. für Kunstgeschichte an der Akademie der bildenden Künste zu München. Lilo Lenuschka

PDS Weidenhäuser Straße 78-80, 35037 Marburg Tel./Fax: 163873
Kreisverband Marburg-Biedenkopf Bürozeiten: Mo.-Do., 12-19 Uhr

Kupong
Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
- zu PDS-Treffen eingeladen werden
- Mitglied der PDS werden

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Spaß und geht auf einen uralten Witz zwischen Richard Laufner und mir zurück.“ Ein Running Gag, der nicht von schlechten Eltern ist. Für Eble ein Indiz von handfester Kungelei.

Kritik auch von der Frauenbeauftragten der Stadt Marburg Christa Winter, die sich gegen Laufner aussprach. Nach ihrer Meinung gab es Bewerberinnen „mit mindestens der gleichen Qualifikation.“ Im elfköpfigen Magistrat gab es drei Gegenstimmen. Wie recht die Frau hat, zeigt, dass drei Frauen in die Vorauswahl gelangten. Wirbel im Herrenklüngel oder was? Die vielen Bewerbungsgespräche seien so Eble „eine Farce gewesen.“ Der große Stadthauptling & CDUler Dietrich Möller sprach von einem „ganz normalen Verfahren.“

Wie dem auch sei. Laufner wird diese brenzlige Situation mit Under-

Vorschuss

Medizinprofessor Horst Kern
neuer Uni-Präsident

Vielleicht ist der Professor Horst Kern ja tatsächlich der zweite unter den bislang fünf Marburger Universitätspräsidenten, der wenigstens ein bißchen was taugt. Geben wir ihm also, bevor es zu spät ist und wir es bereuen, ein paar Vorschußlorbeeren.

Vor neun Jahren wurde Kern bei einer Umfrage des „express“ von Studierenden als der beliebteste Hochschullehrer genannt. Bei dieser Gelegenheit kamen ein paar interessante Einzelheiten über ihn ans Licht. Zum Beispiel ist er einmal im Abitur durchgefallen.

Inzwischen ist er längst ein Großforscher, der seine Mitarbeiter(innen) dazu anhält, durch Präsenz in internationalen Fachorganen fleißig zu punkten. Er sagt ihnen, es habe keinen Sinn, darüber zu diskutieren, ob derlei sinnvoll sei. Da man es nicht ändern könne, müsse man es halt machen. Pragmatismus wird wohl auch der Grund dafür sein, daß er der konservativen Professoren-Liste „Unabhängige Hochschullehrer“ angehört. Er findet dort ein bißchen von der Macht, die er zu benötigen meint, wenn er etwas durchsetzen will. (Außerdem hört man da und dort hinter vorgehaltener Hand, es sei keinem Menschen, der etwas von sich hält, eine Mitgliedschaft in der angeblich linken Liste „Demokratische Hochschule“ zuzumuten.)

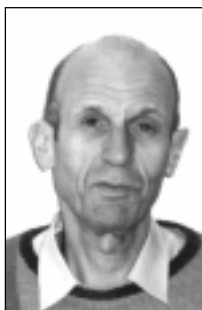
Als Dekan bei den Medizinern soll Kern versucht haben, allzu beutelschneiderischen Kollegen das Geschäft einzuschränken.

Fast könnte man annehmen, daß in den nächsten Jahren kein präsidentieller Sklave an der Spitze der Uni steht, der wie ein Papagei in die Hochschule hineinplappert, was er beim Frühstück in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland“ gelesen hat: Sparzwang, Notwendigkeit der Sponsoring-Prostitution, Standort.

Gespannt kann man darauf sein, wie Kern mit dem Kanzler Höhmann fertig wird. Noch wagt kaum jemand zu hoffen, daß die schwarzen Löcher im Verwaltungsgebäude, in welche fast alle Uni-Benutzer(innen) einmal gefallen sind, verschwinden könnten.

So. Dies war das Vorschuß-Lob. Jetzt warten wir ab, bis der Neue seinen ersten Amtstag hinter sich hat. Danach wird er kritisiert.

Georg
Fülberth



Konzentration der Macht

Neues Hessisches Hochschulgesetz verabschiedet

Am 20. Juni 2000 wurde in Wiesbaden das neue Hessische Hochschulgesetz (HHG) der CDU/FDP-Koalition verabschiedet. Mit dem HHG wird künftig nicht nur die Mitbestimmung von Studierenden und Professoren stark eingeschränkt, sondern der Aufbau der Selbstverwaltung schlechthin betrieben.

Laut Paragraph 38 werden die Befugnisse des Senats auf weitgehend beratende Funktionen beschränkt. Er besitzt nicht mehr die Budgethoheit und, abgesehen von der Wahl des Unipräsidenten, sind die Kompetenzen des Senats belanglos. Der Senat verkommt zur Wahlversammlung des Präsi-

den. Der Haushalt wird zukünftig von der Unileitung verabschiedet und bei Stimmgleichstand gilt das Votum des Präsidenten. Auf Fachbereichsebene ist die Situation die gleiche. Die Fachbereichsräte werden zu Gunsten des Dekans entmacht.

Die Diskussion um Paritäten innerhalb der Selbstverwaltungsgremien ist weitgehend sinnlos geworden, da auf Kosten dieser Gremien die Rolle des Unipräsidenten und Dekane gestärkt wird.

Der neu zu schaffende Hochschulrat, dem vier Persönlichkeiten aus Praxis und Wirtschaft und drei Personen aus den Wissenschaften angehören sollen, sitzt mit beratender Stimme im Senat und schlägt den Unipräsidenten vor. Er ist demokra-

tisch nicht legitimiert, da er weder von Staat noch von der Universität eingesetzt wird, regiert aber von außen in die Uni hinein.

Unter dem Stichwort der Ökonomisierung der Hochschule wird der Globalhaushalt eingeführt. Das heißt, dass der Staat der Hochschule einen bestimmten Betrag zuweist, aber nicht wie bisher über die Mittelvergabe entscheidet. Der Staat gibt dabei Zielvorgaben, bei deren Nichterfüllung die Mittel gekürzt werden. Das wird zur Schließung und Kürzung unrentabler Fachbereiche führen. In Marburg trifft das zum Beispiel schon die Sonderpädagogik.

Die Streichung der Garantie der Gebührenfreiheit passt zu der Vorstellung der Uni als Dienstleister und den Studierenden als KundInnen, die für die Leistung Bildung bezahlen sollen. Mit Hinweis auf das Gebührenverbot in der Hessischen Verfassung wird die Streichung des entsprechenden Paragraphen im Hochschulgesetz begründet. Nur sehen CDU und FDP die Hessische Verfassung als Programmsätze an, die ein Ziel darstellen, aber nicht bindend sind.

Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit soll es zudem möglich sein, Hochschulen als Körperschaften öffentlichen Rechts in andere öffentliche oder private Körperschaften umzuwandeln. Das bedeutet, dass eine institutionelle Privatisierung der Hochschulen ohne Zustimmung des Parlaments vorgenommen werden kann. Ein Prozess, der schwerlich wieder umzukehren ist.

Das HHG forciert die Konzentration der Macht in wenigen Händen, schränkt die Mitbestimmungsrechte Studierender und Lehrender ein und betreibt die zunehmende Privatisierung der Hochschulen. Mit dem Modell einer demokratischen Hochschulen hat das nicht mehr zu tun.

Stefanie Götz



Reiner Schilf

Es ist Demo und niemand geht hin

Kaum Interesse an bundesweiten Protesten gegen Studiengebühren

Als machtvoller Widerstand gegen Studiengebühren in jeglicher Form waren die bundesweiten Demonstrationen in Berlin, Stuttgart und Köln am 7. Juni geplant. Lange vorher wurde an vielen Universitäten mobilisiert. Gekommen sind aber nur 5.000, der 1.8 Millionen Studierenden bundesweit.

Lag es am schönen Wetter, dem Termin, der Aktionsform, mangelnder Mobilisierung oder am Desinteresse der Studierenden? Zu vermuten ist Letzteres. Hatte doch die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) versichert, dass es keine Gebühren für das Erststudium geben werde. Also kein Grund zu protestieren?

Doch, denn die versprochene Gebührenfreiheit des Erststudiums ist erwartungsgemäß an Bedingungen geknüpft. Die Regelstudienzeit darf höchstens um vier Semester über-

sritten werden oder es sind nur die zum Abschluss unbedingt benötigten Veranstaltungen kostenfrei. Wie schwer solche Bedingungen für Studierende sind, die darauf angewiesen sind für ihren Lebensunterhalt zu jobben, dürfte klar sein, von Praktikums- und Prüfungsgebühren ganz zu schweigen. Mit dieser Regelung ist der Grundsatz der Gebührenfreiheit des Studiums aufgehoben. Vielleicht ist damit der Weg zu allgemeinen Studiengebühren ab dem 1. Semester geebnet. Ein vereinbarter Staatsvertrag zwischen den Bundesländern, der die o.g. Regelungen festhalten sollte, kommt wegen der Weigerung Bayerns ihn zu unterzeichnen jedenfalls nicht zustande.

Warum also fanden nur jeweils 1.000 Studierende in Stuttgart und Köln sowie 3.000 in Berlin den Weg auf die Straße? Vielleicht muss ihnen erst der Gebührenbescheid ins Haus flattern, nur dürfte es dann zu spät sein.

Stefanie Götz



Anne Richter

Konsens für Atomenergie

PDS kritisiert, dass Spielraum für einen Atomausstieg nicht genutzt wurde

In einer Erklärung vom 19. Juni bewertet der PDS-Bundesvorstand die sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Folgen des Atomkonsens der Regierung mit den Energiekonzernen:

Die zwischen der Bundesregierung und den Energiekonzernen getroffene Vereinbarung bringt nicht den in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN versprochenen „unumkehrbaren“ Atomausstieg. Die vereinbarten Gesamtlaufrzeiten der Atomkraftwerke überschreiten bei weitem die bisher in Deutschland erreichten durchschnittlichen Laufzeiten von Atomkraftwerken. Die Bundesregierung übernimmt die Verantwortung für den jahrzehntelangen Weiterbetrieb obwohl sie bei ihrem Antritt erklärt hat, „dass die Nutzung der Atomkraft nicht zu verantworten ist.“ Sie hat die vorhandenen Handlungsspielräume für einen schnellen Atomausstieg vergeben.

● Die von der Bundesregierung eingegangene Verpflichtung, den einzelnen Atomkraftwerken bestimmte Gesamtenergiemengen zu garantieren und bei Nichtausschöpfung auf andere übertragbar zu machen, führt zu einer dramatischen Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke auf mehr als 35 Jahre. Hinzu kommt, dass die Atomkraftwerksbetreiber sich die fünf ertragsreichsten Jahre als Berechnungsgrundlage für die gestattete Energiemengen-Produktion auswählen können.

● Da das Atomkraftwerk Mühlheim-Kärlich, das nach gerichtlichem Urteil rechtswidrig errichtet und daher stillgelegt wurde, in die Strommengenberechnung eingeht, machte die Regierung ohne jede sachliche Grundlage den Betreibern ein zusätzliches Geschenk.

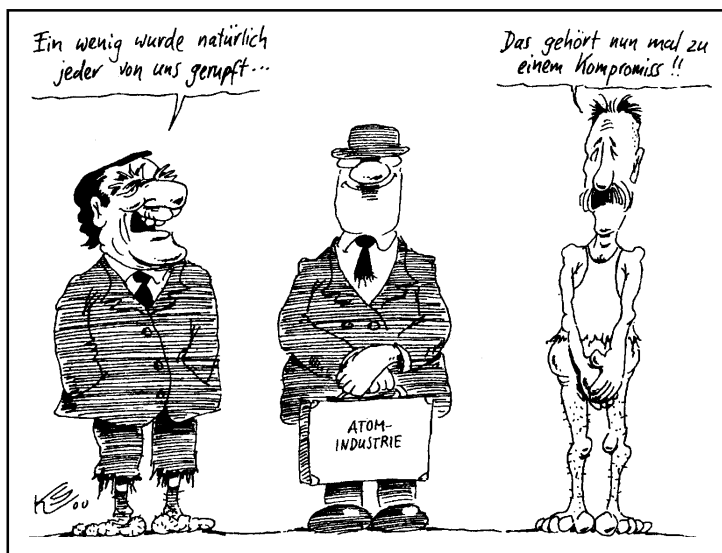
● Die Festschreibung des gegenwärtigen technischen Standes bei den Sicherheitsauflagen für die Atomkraftwerke und die Verpflichtung der Bundesregierung, keine höheren Sicherheitsstandards festzulegen, ist angesichts des erreichten und erwarteten wissenschaftlichen Erkenntnisstandes, der zunehmenden Alterung der Reaktoren und der damit anwachsenden Risiken verantwortungslos. Die Bundesregierung fällt damit weit hinter das bisher geltende Atomrecht zurück.

● Die vereinbarten Regelungen zur Entsorgung des Atommülls stehen im krassen Widerspruch zu den Wahlversprechen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sie hatten sowohl das Aus für die Endlager Gorleben und Schacht Konrad angekün-

digt. Nun jedoch soll das Endlager Schacht Konrad genehmigt werden, obwohl ein separates Endlager für sogenannte „schwach wärmeentwickelnde“ Abfälle überflüssig ist und in Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag ein zentrales Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle eingerichtet werden sollte. Die Bundesregierung setzt sich damit über den Widerstand von 290.000 Menschen hinweg, die Einwand gegen das Projekt Schacht Konrad artiku-

Preisdumping begonnene Verdrängung von Stadtwerken und anderen dezentralen Energieerzeugern durch die Energiemultis wird durch den Energiekonsens zugunsten des Atomstroms weiter verschärft. (...) Die Chancen, in diesen Bereichen neue Arbeitsplätze zu schaffen, werden dramatisch eingeschränkt.

Die Monopolmacht der Energiekonzerne wird mit diesem Vertrag weiter ausgebaut. Damit wird ihr politischer Einfluss, dem sich die



lierten. Zwar wird für das Endlager Gorleben ein vorübergehendes Moratorium vereinbart, aber gleichzeitig stellen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN erstmalig fest, dass keine Gründe vorlägen, die Eignung dieses Endlagers in Frage stellen. (...)

All diese Regelungen, wie auch der Zubau weiterer Brennelemente-zwischenlager, dienen nur dem Zweck, den langfristigen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke abzusichern und deshalb auch an unsicheren Endlagerstandorten festzuhalten.

Diese Vereinbarung ist ein schwerer Rückschlag für die Entwicklung einer umwelt- und sozial verträglichen neuen Energieerzeugungsstruktur. Die jahrzehntelange Privilegierung des Atomstroms hat es den großen Energiekonzernen zusätzlich ermöglicht, den Ausbau regenerativer Energieträger und dezentraler Energieerzeugungsformen zu behindern. Die Bundesregierung untergräbt mit ihrer Vereinbarung nun auch noch die möglichen positiven Wirkungen ihrer eigenen Gesetze und Programme zur Förderung regenerativer Energien. Der Erhalt und Ausbau kommunaler und genossenschaftlicher Erzeugung sowie die dezentrale Verteilung von Energie werden gravierend benachteiligt. Die bereits über

Bundesregierung bereits bei den Konsensverhandlungen nahezu bedingungslos unterworfen hat, weiter bestärkt. Dies nutzen die Konzerne ... dazu, demokratische Entscheidungsprozesse zu unterlaufen und Entscheidungen zu diktieren. (...)

Der Parteivorstand der PDS bekräftigt den ... Kurs der Partei für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie und fordert von der Bundesregierung eine Offensive zur Erschließung und Nutzung erneuerbaren Energien. Die PDS versteht sich als politische Partnerin von Betroffenen, BürgerInneninitiativen, Beschäftigten und ihren Gewerkschaften, die sich der atomfreundlichen Politik der Bundesregierung widersetzen. (...)

Die PDS wird auch weiterhin keine Politik tolerieren, die die unverantwortbaren Risiken der Atomkraftnutzung über Jahrzehnte festschreibt und den notwendigen Ausbau einer umweltverträglichen Energiewirtschaft verhindert, der zahlreiche zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen kann. Die PDS wird auch weiterhin alle politischen Möglichkeiten nutzen, um den Aufbau von dezentralen und demokratisch strukturierten Energieerzeugungsformen zu unterstützen.

Kurz & bündig

Asyl für Söldner

Außenminister Joseph Fischer bot Anfang Juni 400 Mitgliedern der Südlibanesischen Armee (SLA) Aufnahme in der Bundesrepublik an. Mehrere tausend Mitglieder dieser Söldnerarmee waren im Mai zusammen mit den israelischen Besatzern fluchtartig aus dem Südlibanon abgezogen. Die SLA war 1982 von Israel gegründet worden, um den südlichen Teil des Libanon unter Kontrolle zu halten. Neben Geldern aus den USA und Israel finanzierte sich die SLA aus Schmuggel, Schutzgelderpressung und Drogenhandel. Bei ihrem Terror gegen die Zivilbevölkerung, der die Unterhaltung eines Folterzentrums einschloss, in dem zuletzt über 150 Menschen ohne Gerichtsurteil eingekerkert waren, ließ Israel ihnen freie Hand.

Dass sie jetzt in Deutschland aus „humanitären Gründen“ Aufnahme finden, ist angesichts der restriktiven Asylpolitik erstaunlich. Martin Link von Pro Asyl wies darauf hin, dass sie „aus einem vom Auswärtigen Amt als sicher bezeichneten Herkunftsländern stammen und sich bereits in einem sicheren Drittland befanden.“ In israelischen Auffanglagern hatten sie Schutz vor den libanesischen Gerichten gefunden. Der außenpolitische Sprecher der PDS-Fraktion Wolfgang Gehrcke kritisierte diese Einäugigkeit: „Wer hätte zum Beispiel davon gehört, dass Fischer spontan 400 Kämpfern der PKK nach Einstellung des Krieges in der Türkei Asyl angeboten hätte? Im Gegenteil: Man schiebt sie ab.“

Tod durch Abschottung

58 Menschen mussten Mitte Juni den Versuch, nach Großbritannien zu gelangen, mit dem Tod bezahlen. Sie erstickten in einem Tiefkühllastwagen. Die Schuld für dieses Verbrechen allein bei den Schlepperbanden zu suchen greift allerdings viel zu kurz. Die Abschottung der europäischen Grenzen hat diesen Geschäftszweig des internationalen Menschenhandels erst entstehen lassen, dessen weltweiter Umsatz bereits 1998 auf 10 Mrd. DM geschätzt wurde. Flüchtlinge haben kaum eine Möglichkeit, die europäischen Grenzen zu überwinden, als sich mit diesen Banden einzulassen.

Seit 1993 hat die europäische Festung insgesamt mehr als 2.000 Menschenleben gefordert. Tausend von ihnen starben in den fünf Jahren von 1993 bis 1997, weitere tausend in den folgenden dreißig Monaten. Mit den Toten von Dover sind es dieses Jahr bereits 205.

Kurz & bündig

Polizeistaatgesetz

Obwohl die Zahl der Straftaten zurückgeht und die Aufklärungsquote steigt, hat die hessische Landesregierung eine drastische Verschärfung der Polizeigesetze beschlossen. Plätze und Straßen dürfen künftig per Video überwacht werden, auf Durchgangsstraßen darf die Polizei „verdachtsunabhängig“ kontrollieren. „Gewaltbereite Demonstranten“ können sechs Tage in Vorbeugehaft gehalten werden müssen.

Die hessische Landesverband der PDS machte darauf aufmerksam, dass Videoüberwachung nur dazu führe, dass Kriminalität sich an andere Orte verlagere. Er kritisierte, dass künftig massenhaft Daten unbeeiliger BürgerInnen durch die Polizei gesammelt werden könnten. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigten, dass die Schleierfahndung dazu geeignet sei, ganze Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel ausländische MitbürgerInnen, zu diskriminieren. Die hessische PDS lehnt deshalb diese repressiven Maßnahmen ab. „Weitau effektiver ist eine soziale Kriminalitätsbekämpfung durch die Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche sowie durch ... die Förderung von sozialen und kulturellen Betreuungseinrichtungen.“

Mehr Geld für Arbeitslose?

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Berechnung der Höhe des Arbeitslosengeldes ohne Berücksichtigung des Weihnachtsgeldes und des Urlaubsgeldes gegen das Grundgesetz verstößt, weil für diese Lohnbestandteile Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung entrichtet werden.

Dieser jahrelange Betrug an den Arbeitslosen, der etwa 7 % des Arbeitslosengeldes ausmacht, wird jedoch nicht zu Nachzahlungen führen, außer bei den wenigen Personen, die in der Vergangenheit gegen diese Regelungen geklagt hatten.

Auch in Zukunft ist es eher unwahrscheinlich, dass die Arbeitslosen mehr Geld erhalten. Statt die Auszahlungen zu erhöhen wird der Gesetzgeber wahrscheinlich Weihnachtsgeld- und Urlaubsgeld von der Arbeitslosenversicherung ausnehmen. Das hat den Vorteil, dass den Unternehmen durch Senkung der Beiträge ein weiteres Geschenk gemacht werden kann. Das so entstehende Haushaltsloch bei der Bundesanstalt für Arbeit wird durch Kürzungen bei den Beschäftigungsmaßnahmen oder durch die SteuerzahlerInnen gestopft werden.

Freigang für Roland Koch

Die TäterInnen im CDU-Spendenskandal stilisieren sich zu Opfern

Geschick verstand es Roland Koch, eine drohende „Strafe“ (Rücktritt, Auflösen des Landtags, Neuwahl in Hessen) bereits im Vorfeld zu tabuisieren. Und was so'n richtiger Polit-Profi ist, der geht in die Offensive.

Die aktuellen Befangenheitsanträge gegen Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts werden zwar Ende Juni behandelt, sie haben jedoch mindestens erreicht, was sie erreichen sollten: Zeitaufschub. Den Richtern war es nicht möglich, „zeitnah“ d.h. in zeitlichem Zusammenhang zu seinem „Fehler-Geständnis“ im Januar d.J. zu entscheiden.

Die Normenklage beim Bundesverfassungsgericht gegen das hessische Wahlprüfungsgesetz ist aus CDU-Sicht geradezu eine geniale Möglichkeit gewesen, nicht nur zusätzliche Zeit zu gewinnen, sondern auch das Wahlprüfungsgericht in den Ruch der „Verfassungsfeindlichkeit“ zu rücken. Ein besonderes juristisches Schmankerl hat der Juristenstab geboten: Man reichte zwar eine Klage ein, kündigte aber gleichzeitig das spätere Einreichen einer ausführlichen Begründung an. Bis das Verfassungsgericht geklärt haben könnte und sollte, ob es denn die Klage überhaupt annehmen kann, – denn grundsätzliche Voraussetzung für das Zusammentreten des Verfassungsgerichts ist die begründete Vermutung, dass Verfassungsgrundsät-

ze verletzt sein könnten – vergeht Zeit. Aber ohne Begründung seitens des Klägers kann man nicht prüfen. Auch hier liegt der Zweck des Ganzen auf der Hand: zusätzlicher Zeitgewinn. Mal unabhängig von der Tatsache betrachtet, dass sich Verfassungsgerichtsentscheidungen „hinziehen“. Oft vergehen zwischen Einreichen der Klageschrift und Urteilspruch Jahre.

Zwischen Befangenheitsanträgen einerseits und Verfassungsklage andererseits gibt es einen Zusammenhang. Denn die Richter des hessischen Wahlprüfungsgerichts müssen einen juristischen Spagat hinlegen:

Sie sollen nach geltendem Gesetz Recht sprechen, das möglicherweise, geht es nach den Vorstellungen der Landesregierung, auf verfassungswidrige Grundlagen gestellt gewesen sein könnte.

Dass auch das nicht die Arbeit beflügelt, liegt ebenfalls auf der Hand. Selbst wenn das Wahlprüfungsgericht, vermutlich frühestens im Herbst, zu einem Urteilspruch über die Ungültigkeit der letzten Hessen-Wahl käme, – der Wahltermin rückt immer weiter weg.

Die CDU unternahm nicht nur alles, um eine drohende Neuwahl zu be- und verhindern, sie bekämpft mit den formalen Mitteln des Rechtsstaates den Rechtsstaat selbst. Denn darüber hinaus werden weitere Re-

gister gezogen: Behinderung der Akteneinsicht für Mitglieder des hessischen Landtagsuntersuchungsausschusses, Präparierung von Zeugen vor ihrer Aussage. Die (Mit-)Täter von einst stilisierten sich mit der gleichen Frechheit zu Opfern wie sie in die Vorwärtsverteidigung gingen. Roland Kochs Co-Verbrecher Kanther beendete die „Treibjagd“ gegen sich mit Rückzug ins Privatleben. Mit ca. 30.000 DM steuerfinanzierter monatlicher Pension zerknirscht er sich täglich. Ex-Schatzmeister Sayn-Wittgenstein besinnt sich bei Wald- und Wiesenspaziergängen in seinen Siegerländer Gemarkungen. Ein furchtbares Schicksal!

Als Mitglied der Bürgerinitiative für „Neuwahl in Hessen“ komme ich tatsächlich aus dem Staunen nicht heraus. Ich erinnere mich zuweilen an meine Zeit in der JVA Ziegenhain. Der ein oder andere Inhaftierte war wirklich „voll von tätiger Reue.“ Der kam sogar von einem Freigang wieder. Voraussetzung für die Gewährung eines Freigangs ist allerdings

die Inhaftierung. Einen Freigang für Roland Koch würde ich nicht befürworten. Roland Koch würde Christian Wagner die Statistik ver-sauen.

Pit Metz



Wir können auch anders

„Dieser Platz wird videoüberwacht“ war das Motto des 3. Bundesjugendtreffen der PDS in Leipzig.

Vom 26. bis 28. Mai 2000 trafen sich junge Menschen aus der gesamten Bundesrepublik, um sich mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten zu befassen.

Die Verteidigung von Freiheitsrechten ist mehr als Kampf gegen den Polizeistaat. Wer Freiheitsrechte schützen möchte, muss u. a. fragen, wie in der BRD mit Menschen anderer Nationalität umgegangen wird, wie sich die Bundeswehr auf militärische Vormacht in aller Welt vorbereitet, wie SozialhilfeempfängerInnen zur Arbeit gezwungen werden, wie Studierendenvertretungen mit Prozessen der Mund geschlossen werden soll, wie DrogenkonsumentInnen kriminalisiert werden, wie al-

ternativen Projekten die Geldhähne zugedreht werden, wie Kunst und Kultur auf Massenkonsum dirigiert werden.

Besonders fleißig im Abbau von Freiheitsrechten gibt sich die Stadt Leipzig, die mit einem umfangreichen Kamerasystem ausgestattet ist. Dies wurde zum Anlass genommen, sich dort diesem komplexen Thema zu stellen. Das Bundesjugendtreffen bot den TeilnehmerInnen um die vierzig Arbeitskreise und Workshops, unter anderem zu Themen wie Emanzipation, alternative Kultur, Medien oder Bundeswehr.

Die Diskussionen wurden durch ein Vortrag von Lothar Bisky über Repressionen und Innenpolitik unterstützt. Das Treffen der jungen PDS wurde durch eine Demonstration gegen die Überwachung des öffentlichen Raums in Leipzig beendet.

Anke Richter

Vor fünf Jahren

„Ab jetzt darf geschossen werden. Mit der Entscheidung des Bundestages, Soldaten nach Ex-Jugoslawien zu schicken, ist die Schwelle zur weltweiten militärischen Intervention der Bundeswehr überschritten. Wenn wieder deutsche Bomben in Ex-Jugoslawien oder anderswo einschlagen, sollte man die Namen der Koalitions-Pparlamentarier und ihrer rosa-grünen Sympathisanten kennen, die ihr Plazet gegeben haben. Nur die PDS-Gruppe opponierte geschlossen.“

Gut verhält mit Aufrufen zur Rettung von Menschenleben, wird die neue Bonner Großmachtrolle scheinbar schmackhaft gemacht.

Harald Bergmann im NEUEN MARBURG Nr. 3/Juli-August 1995 zum Bosnien-Einsatz der Bundeswehr

Sichere Renten ohne Privatvorsorge

PDS-Fraktion schlägt radikale Umgestaltung des Rentensystems vor

Die PDS-Bundestagsfraktion hat „Leitsätze und Eckpunkte für ein Rentenreform-Konzept“ vorgestellt, die nicht als fertiges Konzept einer Rentenreform zu verstehen sind sondern als Angebot für die innerparteiliche und öffentliche Diskussion.

Im Gegensatz zu den bisher bekannt gewordenen Inhalten des PDS ausgeschlossenen ist –, in dessen Mittelpunkt vor allem die Beitragsstabilisierung durch Rentenniveau-Senkung und private Zusatzvorsorge stehen, hält die PDS-Fraktion es für notwendig, eine möglichst breite Verständigung darüber herbeizuführen, welche Sicherheiten für das Leben im Alter die gesetzliche Rentenversicherung auch zukünftig gewährleisten und wie der soziale Ausgleich zwischen Starken und Schwachen beschaffen sein soll.

Ihr Konzept sieht die Überführung der Rentenversicherung in eine „Gesetzliche Grundversicherung“, die für jene gelten soll, die heute ins Arbeitsleben eintreten, sowie Verbesserungsvorschläge für die anderen Altersgruppen und die heutigen RentnerInnen vor.

Die „Gesetzliche Grundversicherung“ orientiert sich an Elementen

ten/Pachten usw.) und Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze;

- Senkung des Beitragssatzes durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage von heute etwa 10 Prozent auf 6,2 bis 6,5 Prozent;
- Erhebung der Arbeitgeber-Beiträge als Wertschöpfungsabgabe an Stelle der heutigen lohnsummenorientierten Arbeitgeber-Beiträge.

Mit der Wertschöpfungsabgabe werden die Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am Umlageverfahren beteiligt. Die Umstellung führt zu einer Umverteilung zwischen den Unternehmen zu Gunsten der arbeitsintensiveren Sektoren und Betriebe. Der Produktivitätszuwachs führt zu sicheren, stetigeren und steigenden Einnahmen.

Absicherung eines normalen Lebensstandards im Alter

Eine langfristig angelegte und wirkungsvolle Rentenreform erfordert eine Verständigung darüber, welches Einkommensspektrum durch die gesetzliche Altersrente verlässlich garantiert werden soll. Die PDS-Fraktion schlägt eine Unter- und Obergrenze vor, zwischen denen die individuelle Rente dann nach Versicherungsjahren und versicherten Einkommen berechnet wird.

2.900 DM.

Wer im Alter einen höheren als den durch den Höchstbetrag möglichen Lebensstandard realisieren will, kann sich zusätzlich privat versichern, was Besserverdienenden angesichts niedrigerer Beitragssätze durchaus zuzumuten ist.

Vorschläge für die heutigen RentnerInnen

Für die heutigen RentnerInnen und diejenigen, die kurz vor Erreichung des Rentenalters stehen, sollen folgende Grundsätze gelten:

- Das Nettorentenniveau auf dem Gesetzesstand von 1998 zu erhalten, also insbesondere ohne zusätzlichen „demografischen Faktor“ in der Rentenformel.
- Die jährliche Renten Anpassung erfolgt entsprechend der Nettolohnentwicklung.
- Am Prinzip der Umlagefinanzierung wird festgehalten, es wird durch eine Reform seiner Finanzierungsbasis gestärkt.

Zur Sicherung der bestehenden Renten und als Schutz vor Altersarmut ist es notwendig, dass die Arbeitgeberbeiträge bereits jetzt nach der Wertschöpfung der Unternehmen berechnet werden und die heutige Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitig degressiv statt linear wachsenden Ansprüchen (für Einkommen zwischen 100.000 und 200.000 DM/Jahr) zu verdoppeln.

Zur Verhinderung von Altersarmut bedarf es der Einführung einer „bedarforientierten sozialen Grundversicherung im Alter“. Sie wird als Aufstockungsbetrag zu Alterseinkommen unter dem Existenzminimum gezahlt und aus Steuermitteln finanziert. Für etwa 1-1,5 Millionen älterer Menschen kostet diese Grundversicherung netto etwa 5-7 Mrd. DM. Mit der Einführung der Gesetzlichen Grundversicherung erübrigt sie sich für die übernächste Generation von Rentnerinnen und Rentnern.

Für die Generation der heute über 25jährigen BeitragszahlerInnen kommt es zusätzlich darauf an, alte und neue Sicherheiten im bestehenden Rentensystem zu schaffen. Dieser Ausbau schafft zugleich gleitende Übergänge in das neue System der Gesetzlichen Grundversicherung. Dazu zählt u.a. die Einführung einer Beitragspflicht für alle BeamtInnen (und vergleichbare Gruppen) und Selbständigen, die nach dem 1.1.2003 verbeamtet werden bzw. sich selbständig machen.

Das vollständige Konzept ist unter www.pds-online.de/bt/files/renten.rtf oder im PDS-Büro erhältlich.

Kurz & bündig

Ökosteuer aussetzen?

Die PDS hat sich in den Streit um die Ökosteuer eingemischt, der durch die steigenden Benzinpreise ausgelöst wurde. „Diese Steuer bedürfte hinsichtlich des Benzins keiner Korrektur“, so Fraktionschef Gysi, „wenn die Bundesregierung die Einnahmen genutzt hätte, um den öffentlichen Personennah- und Fernverkehr auszubauen und sozialverträglich zu gestalten. Solange dies jedoch nicht geschieht, laufen die Benzinpreise auf soziale Ausgrenzung hinaus.“

Da die Ökosteuer zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge genutzt wird, profitieren vor allem die Unternehmen weil die Ersparnis bei den Abgaben die Aufwendungen für die Ökosteuer übertrifft. „Arbeitslose, Rentner und Rentnerinnen sowie Familien mit Kindern haben eine Verbrauchsteuererhöhung hinzunehmen, ohne eine Gegenfinanzierung zu erhalten“, so die finanzpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion Barbara Höll in einer Bundestagsrede. „Nicht nur, dass Rentnerinnen und Rentner von der Senkung der Rentenbeiträge nicht profitieren können: Sie haben sie durch die Abkopplung von der Nettolohnentwicklung in diesem Jahr doppelt bestraft.“

Ökologisch macht die Steuer wenig Sinn weil Wirtschaftssektoren mit hohem Energieverbrauch niedrigere Sätze bezahlen und die Menschen oft keine Alternative zum Auto haben. Durch die Ökosteuer sind die ÖPNV-Preise sogar angestiegen.

Die PDS fordert daher ihre Abschaffung oder eine Umgestaltung, die soziale und ökologische Belange berücksichtigt.

Neue linke Partei?

Laut einer Umfrage der Zeitung „Die Woche“ sind zwanzig Prozent der Befragten „für die Gründung einer neuen linken Partei“. Die Idee bejahen 32 % im Osten und 17 % im Westen. Groß ist die Zustimmung bei unter Dreißigjährigen (28 %), bei AnhängerInnen der PDS (71 %), der Grünen (28 %) und der SPD (19 %).

In „Die Woche“ erklärte der Bundestagsabgeordnete Uwe Hixsch (früher SPD, heute PDS), eine neue linke Partei sei unnötig, weil in der PDS „auch linke Sozialdemokraten und Grüne eine neue politische Heimat finden“ könnten. Die Schriftstellerin Daniela Dahn stellte fest: „Je mehr und je prominenter heimatlose Linke sich auf das Projekt PDS einlassen, je eher könnte diese Partei die Lücke füllen, die hier als Defizit beschrieben wird.“



„Merkel! Ihr nichts, die Rente wird verriestert, zerstoibert und geschrödert!“

der Systeme der Schweiz, Niederlande, Schwedens, Dänemarks. Sie soll zum 1. Januar 2003 eingeführt werden und obligatorisch für alle dann 18-25jährigen sein. Eckpfeiler sind:

- Beitragsfinanzierung nach dem Umlageverfahren;
- Allgemeine Versicherungspflicht für alle EinwohnerInnen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr statt wie bisher nur für abhängig Beschäftigte;
- Beitragspflicht für alle privaten Einkommensarten (Lohn, Gehalt, entnommener Gewinn, Zinsen, Mie-

Unter- und Obergrenze orientieren sich an den Durchschnitts-Einkommen aus abhängiger Arbeit. Die obligatorische Untergrenze liegt in Höhe eines soziokulturellen Existenzminimums, also etwa bei 50% des durchschnittlichen Nettoverdienstes der abhängig Beschäftigten (zur Zeit etwa 1.450 DM, was in etwa dem Durchschnitt aller heutigen Renten entspricht). Die obligatorische Obergrenze liegt beim Durchschnittsverdienst eines abhängig Beschäftigten, also zur Zeit bei etwa

Das Letzte Tanz der Platzhirsche

Auf der Rechten wird es munter: im Mai haben sich fünf Abgeordnete aus der CDU-Fraktion gelöst und bilden nun als Marburger Bürgerliste eine eigene Fraktion. Warum, fragt man sich verutzt. Denn an der Politik kann es nicht gelegen haben. Jetzt sitzen eben drei Gruppierungen im Parlament, die darum wetteifern, mehr Parkplätze zu betonieren, die Stadt ans Auto und dessen Bedürfnisse anzupassen oder Investoren zu beschenken. Man stimmt mal mit den einen, mal mit den anderen. Aber immer ums gleiche Ziel.

Aber es könnte so sein: Seit den jüngsten Kommunalwahlen ist die CDU durch Rot-Grün von den städtischen Fleischtopfen getrennt. Der Magen knurrt. Am fettesten Platz wacht zwar der Oberhirsch. Aber der hat andere Lieblinge. Noch nicht einmal sichere Listenplätze für die nächste Wahl will er herausrücken. Also schnürt man das Ränzle und macht sich auf den Weg. Im Gepäck immerhin den Vorsitz von zwei Parlamentsausschüssen. Und ein neuer Fraktionsvorsitz kommt noch hinzu. Ganz so mager sind diese Platzhirsche auch nicht.

Die CDU findet das wenig vornehm, ist schwer beleidigt und um zwei Pöstchen ärmer. Man greint – das fehlt uns aber sehr. Die alten Neulinge wollen Stil zeigen: Wir mussten wie wir taten, taten aber auch anderes – nur nicht umsonst. Nämlich – man stelle sich das vor – einen Posten abgeben. Notgedrungen zwar, denn das könnten die übri- gen auch nicht zulassen. Gehen welche einfach aus der Fraktion und nehmen Posten mit. Wenn das Schulle machte.

Aber die neuen Alten wollen nur, wenn sie ein bisschen Macht lecken können. Gehen Sie zuerst ein Schritchen auf uns zu, dann gehen wir ein Schritchen zurück. Gehen Sie ein Schritchen seitwärts, gehen wir ein Schritchen im Kreis. Vorwärts, rückwärts, seitwärts, halt.

Elegant das Händchen aufgehalten. Nur dem neuen Fraktionsvorsitzenden fehlt es noch an Grazie. Auf den Fuß getreten – und merkt es noch nicht einmal. Es beginnt trotz allem ein zierliches Menuett. Die anderen Stadtverordneten sehen's mit Schadenfreude. Einmal wird man nicht selbst gebeutelt. Der eine oder andere wird sogar ein bisschen staats- frauulich.

Nachdem das Tänzchen gewagt, gehen alle wieder zur Tagesordnung über: Der Stadtverordnetenvorsteher verhaspelt sich mit den Namens- kürzeln. Die neue Fraktion wartet. Die CDU leckt Wunden. Der Ober- platzhirsch lehnt sich jovial zurück. Soviel steht fest: an seine Futter- krippe kommt ihm niemand.

Renate Bastian

Wer soviel lügt, hat viel zu verbergen

Gedächtnisstützen anlässlich des ersten Jahrestages des Sieges der ‚Guten‘ über das ‚Böse‘

Pfingsttag jährte sich der Sieg „für eine sicherere Welt, für unsere demokratischen Werte und für ein stärkeres Amerika“ (B. Clinton), den die NATO-Verbündeten im „Krieg Milosevic“ (Clinton) errangen. Am 10. Juni 1999 hatte die NATO-Führung die Luftangriffe auf Jugoslawien „suspendiert“. Womit wurde diese „Intervention“ (G. Schröder) – Krieg führte nur Milosevic – begründet?

„Nie wieder Auschwitz“! (J. Fischer)

„Wir reden hier darüber, wie man einen Genozid vermeidet“, erklärte Außenminister Fischer Ende Februar 1999 seinen grünen Parteifreunden. „Milosevic handelt nicht anders als Hitler“, assistierte sein Staatsminister L. Volmer. Auch R. Scharping sah, bevor die NATO eingriff, „hunderttausende Kosovaren vertrieben, viele ermordet“; der Völkermord sei „eigentlich schon im Gange. Auch Konzentrationslager im Kosovo machte der Verteidigungsminister ausfindig.“

Schrittweise wurden Scharpings Meldungen, z. T. während des Krieges, dementiert (FAZ, 7.4.99: „nichts dergleichen“). Auf mehrere Hunderttausend (insgesamt ca. 850.000) stieg die Zahl der Vertriebenen und Flüchtenden erst während des NATO-Bombardements. Belege für den behaupteten Völkermord konnten die Ermittler des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag auch nach monatelangen Untersuchungen im Kosovo nicht vorlegen. Sie fanden 2.108 Leichen. „Hier wurden sicher Verbrechen begangen, aber die hingen mit dem Krieg zusammen“, so der Chef des spanischen Untersuchungsteams E. P. Pujol.

Für Fischer war Racak der „Wendepunkt“ und Kriegs- auslöser

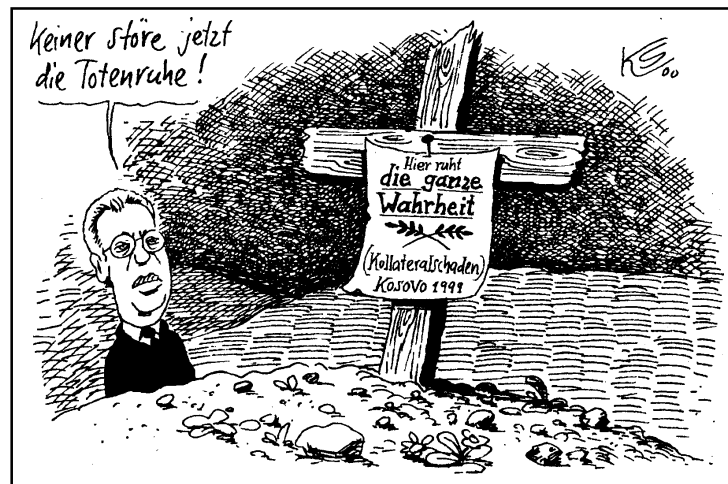
Am 15.1.1999 fand der damalige OSZE-Missions-Chef W. Walker in dem Kosovo-Dorf Racak 45 Leichen: für Walker albanische Zivilisten, Opfer eines serbischen Massakers. Von „Verstümmelungen“, Schüssen „aus extremer Nahdistanz“ war die Rede. Fischer sprach von „Hinrichtung“.

Den vollständigen Untersuchungsbericht der finnischen Ärzte hat Fischer nie freigegeben. Journalisten der „Berliner Zeitung“ und von „Konkret“ stellten nach Auswertung der Kopien aller Protokolle fest, dass es keine Beweise dafür gebe, dass die Toten alle Zivilisten waren und dass

sie in Racak getötet wurden. Es gab keine Verstümmelungen, keine aufgesetzten Schüsse. Die Einschusskanäle deuten auf eine Gefechts-situation hin. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Menschen zwischen die Linien von Serben und UCK-Kämpfern geraten waren, und die Toten von der UCK instrumentalisiert wurden.

Der „Hufeisenplan“ galt als Beweis serbischer Genozid- Absichten

Am 5. April 1999 erhielt Scharping „von Joschka aus Geheimdienstquellen ein Papier“, das ihm „endlich“ den Beweis lieferte, dass „schon im Dezember 1998 eine systematische Säuberung und die Vertreibung der Kosovo-Albaner geplant worden waren“.



Der ehemalige Leitende Militärbeter der deutschen OSZE-Vertretung in Wien H. Loquai hat den Plan als Propaganda-Bluff entlarvt. Das österreichische Heeres-Nachrichtentamt gilt inzwischen als wahrscheinlichste Quelle des Materials, das Scharping zu einem serbischen Plan mit kroatischer Überschrift (potkova) zusammenbasteln ließ.

„Wir tun alles, um Kollateralschäden zu vermeiden.“ (W. Clark)

Bei ihrer Präzisionsarbeit feuerte die NATO ca. 31.000 Schuss uranangereicherter Munition ab und zerstörte 14 Panzer, 18 bewaffnete Fahrzeuge, 20 Artillerie-Einheiten. Wirklich effektiv und wiederholt traf die NATO zivile Einrichtungen, Krankenhäuser, Entbindungsstationen, Kindergärten usw. 500 bis 2.000 Zivilisten kamen durch den NATO-Einsatz ums Leben. Nur zwei Beispiele für Kriegsverbrechen der NATO: Am 12.4. kurz vor 12 Uhr

schoß eine F 15 den Personenzug Nr. 393 auf der Brücke bei Grdelicka ab; dem ersten Treffer folgte ein zweiter in den noch unbeschädigten Teil des Zuges; 14 Menschen starben. Die NATO fälschte die Video-Aufzeichnung, um ein hohes Tempo des Zuges und ein Versehen des Piloten vorzutäuschen (FR, 6.1.2000). Am 30. Mai 1999 gegen 13 Uhr zerstörten zwei F 16 die als „Ausweichziel“ eingestufte Brücke bei Varvarin über den Fluss Morava; nach der ersten Attacke war die Brücke zerstört, eine zweite zielte auf ihre „Totalzerstörung“ und traf die noch lebenden Zivilisten: acht Tote (Die Zeit, 16.12.1999).

Die Lügen der „Interventionsbetreiber“ zeigen, daß NATO, US- und BRD-Regierung andere Ziele als die vorgegebenen verfolgten.

Die Clinton-Administration hat übrigens das 1998 von 120 Staaten beschlossene Statut des geplanten internationalen Strafgerichtshofs (ISTGH), welches die Zuständigkeit des ISTGH für Völkermord, Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen usw. regelt, nicht unterzeichnet und versucht derzeit, eine Statutenänderung zu erreichen, damit Nicht-Unterzeichner-Staaten bzw. ihre Soldaten nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.

Dr. Joachim Hösler, Osteuropa- historiker und Zweiradfahrer

Literaturempfehlungen:

Hösler, Joachim/Norman Paech/Gerhard Stuby: Der gerechte Krieg?, hg. von Johannes Klotz, Bremen 2000.

Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999, Baden-Baden 2000

Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, hg. von Jürgen Elsässer, (konkret texte 23), Hamburg 2000.